

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D E

Generalstreik in Schanghai

Vor einer Beschießung der japanischen Konzession?

14 Stunden Bombardement

Nach einer Meldung aus Schanghai wurde Freitag um 12 Uhr in Schanghai der Generalstreik ausgerufen. Straßenbahn- und Autobusverkehr, Elektrizitätswerke und Wasserwerke sowie sämtliche Arbeiten sollen stillgelegt werden. Die japanischen Marinevertreter haben erklärt, daß sie diesen Streik nicht zulassen und anderweitige Maßnahmen treffen würden, um die lebensnotwendigen Betriebe aufrechtzuerhalten. Streikführern wird Todesstrafe angedroht.

Schanghai, 30. Januar.

Tschapei brennt an allen Ecken. Die Flammen schlagen 20 bis 30 Meter in die Luft, und der Lärm, den das Feuer verursacht, ist auf große Entfernung zu hören. Schanghai wird durch diese graue Illumination taghell erleuchtet, die die ganze Stadt Tschapei zu ergreifen droht. Und keine Minute vergeht, in der nicht das nervenaufpeitschende Geknatter der Maschinenwerke zu hören wäre. Um 5 Uhr 30 früh hatte Tschapei das Aussehen eines riesigen, flammenden Scheiterhaufens. Es hat den Anschein, als ob das Feuer sich langsam der internationalen Niederlassung nähert.

Das japanische Bombardement hat ohne Unterbrechung 14 Stunden gedauert.

Eine japanische Bombe ist auch auf ein amerikanisches methodistisches Heim gefallen, wo beträchtlicher Schaden angerichtet wurde. Soweit man von der internationalen Niederlassung aus beobachten konnte, müssen die chinesischen Verluste infolge des Bombardements ganz außerordentlich groß sein, da die 200 000 Seelen zählende Bevölkerung von Tschapei, die sich zum größten Teil in ihre Häuser eingeschlossen hatte, vollkommen hilflos war.

Viele Frauen und Kinder sollen umgekommen sein.

Tausende von Chinesen suchten in panischem Schrecken in die internationale Niederlassung zu flüchten, fanden aber dort keinen Einlaß, da die Türen sämtlich abgeschlossen und streng bewacht waren.

Japanische Flugzeuge überflogen in regelmäßigen Abständen von 20 Minuten Tschapei und warfen Bomben ab, deren Sprengsäulen bis zu 30 Meter Höhe aufstiegen.

Die chinesische Luftabwehr war vollkommen ungenügend, da die Chinesen nur über Gewehre und leichte Maschinengewehre verfügten. Auch die Funkstation Chenso, die im Besitz der chinesischen Regierung und der Radio-Corporation von Amerika ist, wurde bombardiert.

Als am Abend Waffenruhe eintrat, schwebte noch immer eine große Feuer- und Rauchsäule über Tschapei. Der Nordbahnhof ist vollkommen niedergebrannt. Auch das Gebäude der „Handelspresse“, eines Unternehmens, an dem die meisten führenden chinesischen Verleger beteiligt sind, brannte vollständig aus.

Die Kämpfe dauern fort

Schanghai, 30. Januar.

In den frühen Morgenstunden verstärkte sich das Feuer in Schapei außerordentlich. Im Anschluß daran teilten die Japaner mit, daß die ersten chinesischen Verstärkungstruppen von Nanking eingetroffen seien und in den Kampf eingegriffen hätten. Die Chinesen eröffneten bei Tagesanbruch ein schweres Artilleriefeuer vom Nordbahnhof aus, unterstützt durch einige Panzerzüge. Die japanischen Marinesoldaten waren darauf gezwungen, zurückzuweichen. Mehrere chinesische Granaten fielen in der internationalen Niederlassung zu Boden, worauf eine große Panik entstand, da

man zunächst glaubte, daß die Chinesen die internationale Niederlassung angreifen wollten. Eine chinesische Granate traf den japanischen Tempel in der Niederlassung und richtete beträchtlichen Schaden an.

Vom Kapitalismus gezwungen

TU. London, 30. Januar.

Wie der Korrespondent der „Daily Mail“ aus Tokio meldet, ist die japanische Regierung von der Industrie und den großen Handelsfirmen zu ihrem Vorgehen in Schanghai gezwungen worden, da diese durch den chinesischen Boykott große Verluste erlitten hätten. Außenminister Joschisawa habe dem amerikanischen Botschafter erklärt, kein japanisches Kabinett würde länger als eine Woche an der Regierung bleiben, das es ablehne, den Boykott japanischer Waren mit Gewalt zu unterdrücken.

Eine Drohung Tschiangkaischeks

TU. London, 30. Januar.

Nach englischen Meldungen hat Marschall Tschiangkaischek erklärt, daß die Japaner in der internationalen Niederlassung von Schanghai eine militärische Basis errichtet hätten. Möglicherweise werde er gezwungen sein, den japanischen Teil der Niederlassung beschießen zu lassen.

Während der Kämpfe in Schanghai nach dem Bruch des Waffenstillstandes wurden durch chinesische Kugeln zwei englische Soldaten verwundet.

Keine Kriegserklärung Chinas

TU. London, 30. Januar.

Der „Star“ veröffentlicht ein Reutertelegramm, wonach die chinesische Regierung beschlossen haben soll, Japan den Krieg zu erklären. Außer dieser kurzen Meldung liegen weitere Informationen darüber, daß die chinesische Zentralregierung sich zu einem solchen formellen Akt entschlossen habe, nicht vor.

Die hiesige chinesische Gesandtschaft in London erklärte am Sonnabend nachmittag, daß sie über einen Beschluß der Kriegserklärung Chinas an Japan nicht unterrichtet sei. Ebenso teilt die chinesische Abordnung im Völkerbundsrat mit, daß ihr von einer Kriegserklärung Chinas an Japan nicht das geringste bekannt sei.

„Widerstand bis zum Tode“

Schanghai, 29. Januar.

Das japanische Hauptquartier hat den Befehl ausgegeben, daß die chinesische Bevölkerung in Schapei während der Nacht die Häuser nicht verlassen darf. Der Aufruf zum Generalstreik geht von der chinesischen Handelskammer aus. Alle chinesischen Banken in Schanghai haben deshalb geschlossen. Das Geschäftsleben ist vollkommen lahmgelegt. Die streikenden Läden haben Plakate folgenden Inhalts ausgehängt: „Leistet den Japanern Widerstand bis zum Tode.“

Der amerikanische Zerstörer „Borie“ hat Marinetruppen an Land gesetzt, die den Schutz des Schanghaier Kraftwerks übernommen haben.

Kein Waffenstillstand

TU. Tokio, 29. Januar.

Die japanischen amtlichen Stellen erklären, daß die Gerüchte, wonach zwischen den chinesischen Behörden und dem japanischen Marinekommando eine Vereinbarung über die Einstellung der Kämpfe in Schanghai getroffen worden sei, nicht den Tatsachen entsprechen.

Ein neuer SOS-Ruf

TU. Nanking, 30. Januar.

Gleichzeitig mit dem Wiederbeginn der Kämpfe in Schanghai hat das chinesische Auswärtige Amt sich nochmals an die Unterzeichner des Kellogg-Paktes und des Neunmächte-Abkommens gewandt mit der Bitte, wirksame Maßnahmen gegen das japanische Vorgehen zu ergreifen.

Neue japanische Verstärkungen?

Tokio, 30. Januar.

Der japanische Generalkonsul und der Militärattaché in Schanghai haben in Tokio um Entsendung weiterer Truppen gebeten, da nach dem Eintreffen der Truppen Tschiangkaischeks in Schanghai die japanischen Truppen den chinesischen Streitkräften nicht mehr gewachsen seien.

Zwei weitere Flugzeugmuttertschiffe, drei Kreuzer und vier Zerstörer mit Marinesoldaten an Bord sind nach Schanghai in Marsch gesetzt worden. Mit diesen Schiffen wird die Zahl der japanischen Kriegsschiffe in Schanghai 40 betragen.

Bei einem unerwarteten Angriff chinesischer Soldaten auf japanische Marinetruppen, die von einem Kreuzer an Land gingen, wurden zehn Japaner getötet und 28 verwundet.

Nach Schanghai Nanking?

Der Oberbefehlshaber der japanischen Flotte, Yoschisawa, erklärte am Freitag, daß beabsichtigt sei, eine Anzahl Marinetruppen nach Nanking zu entsenden, da die dort liegenden zwei Kriegsschiffe nicht ausreichen, die japanischen Interessen in Nanking zu schützen.

Sowjetunion neutral

In Moskauer amtlichen Kreisen wird erklärt, daß die Sowjetunion auch nach dem japanischen Angriff auf Schanghai im chinesisch-japanischen Streitfall strengste Neutralität bewahren werde.

Flammenzeichen von Schanghai

Berlin, 30. Januar

All die vielen Probleme, die bisher die Spalten der Zeitungen füllten, sind jetzt zurückgedrängt. Die Krise, die Abrüstung, die Reparationen — alles tritt in den Hintergrund gegenüber den Flammenzeichen von Schanghai. Man spürt es: wieder einmal steht die Welt an einem entscheidenden Kreuzweg und wieder einmal wird die Menschheit vor die Frage gestellt: Krieg oder Frieden? Atemlos verfolgt man darum die Vorgänge im fernen Osten. Diese sind für den weiteren Verlauf entscheidend. Kein Zweifel: Die Vorgänge spitzen sich rasch und ungeheuerlich zu. Schon verlautete gerüchtweise, daß China die provokierende Vorzeichen Japan mit einer Kriegserklärung beantwortet habe, so daß damit der Frieden auch formell zu bestehen aufgehört hätte. Die chinesischen Beauftragten in Europa haben das Gerücht bestritten, aber es stellt sich doch heraus, daß der Zentralvollzugsausschuß der Regierungspartei, der Kuomintang, einen entsprechenden Beschluß bereits gefaßt hat, so daß auch die formelle Kriegserklärung stündlich zu erwarten ist.

Doch mit oder ohne formelle Kriegserklärung: der Krieg ist da und die Chinesenstadt Schanghai malt bereits seine Schrecken. Schließlich bleibt China auch keine andere Wahl. Jede Regierung, die eine derart offene Herausforderung ertrüge und mit Passivität beantwortete, könnte keinen Tag länger bestehen.

China greift in einer offenkundigen Verteidigung zu den Waffen. Der Angreifer ist Japan, und auf ihm lastet darum die Verantwortung für den Krieg. Freilich nicht auf ihm allein. Es ist gar kein Zweifel, daß Japan zu seinem Vorgehen von bestimmter Seite ermuntert worden ist. In Genf waren die Chinesen wiederholt vorstellig geworden, um von den Mächten des Völkerbundes Schutz und Hilfe gegen den japanischen Einmarsch in die Mandschurei zu erlangen. Die Antwort war jeweils ein Achselzucken. Das Hilfsgesuch wurde auf die lange Bank geschoben. Die versammelten Mächtevertreter vernahmen mit geheuchelter Rührung die chinesischen Proteste, rührten aber keinen Finger. Die Erklärung? Die imperialistischen Mächte sahen mit Unwillen die erstarkende Unabhängigkeitsbewegung in China und begannen selber um ihren Einfluß zu bangen. Im Stillen mochten sie es darum begrüßen, daß Japan sich als Störer dieser Entwicklung aufspielte. Die Rechnung hatte aber ein Loch. Japan sorgte nur für seine eigenen Interessen und scheut sich jetzt nicht, auch gegen die Interessen der anderen Mächte zu verstoßen, die ihm bisher, wenn auch verhohlen, ihre Sympathie bezeugten.

Und noch ein Anderes war nicht in Rechnung gestellt worden. Je herausfordernder Japan auftrat, um so rascher mußte dies die Chinesen zusammenschweißen und ihre inneren Zerwürfnisse von der Tagesordnung absetzen.

Der jetzt in Schanghai proklamierte Generalstreik ist hierfür ein sprechendes Symbol. Die Arbeiter Schanghai, die diese Waffe jetzt aufgenommen haben und Seite an Seite mit der herrschenden Klasse kämpfen, haben fürwahr keinen Grund, mit den Regierungshandlungen dieser Klasse zufrieden zu sein. Aber sie wissen: Dieser Krieg ist ein Krieg um die nationale Befreiung Chinas, die wiederum die Voraussetzung für die soziale Befreiung ist. Darüber hinaus ist dieser

Krieg — was diese chinesischen Arbeiter freilich weniger wissen und auch kaum wissen können — ein Krieg gegen den Imperialismus, der in Schanghai heute noch ein unerschüttertes Bollwerk unterhält. Und das ist auch der Grund, warum Schanghai in diesen Tagen die Augen aller Welt auf sich richten sieht. Der Weltkapitalismus ahnt, daß hier möglicherweise eine Entscheidungsstunde für ihn schlägt.

Österreichs neue Regierung

„Auf Befehl von Paris“

Wien, 30. Januar.

Bundeskanzler Dr. Buresch hat das Kabinett in folgender Zusammensetzung gebildet:
Bundeskanzler und Außenminister: Dr. Buresch;
Vizekanzler und Innenminister: Ingenieur Winkler (Landbund);
Finanzminister: Dr. Weidenhoffer;
Handelsminister: Heini;
Justizminister: Dr. Schuschnigg;
Heereswesen: Vaugoin;
Unterricht: Dr. Czermak;
Soziale Verwaltung: Dr. Resch;
Land- und Forstwirtschaft: Dr. Dollfus.

Sämtliche Minister mit Ausnahme Dr. Winklers gehören der Christlich-Sozialen Partei an. Neu gegenüber dem vorigen Kabinett Buresch ist lediglich der Justizminister Schuschnigg, Rechtsanwalt aus Innsbruck. Außerdem ist ein Mitglied des Landbundes als Minister ohne Portfeuille in Aussicht genommen, über dessen Berufung aber erst nächste Woche entschieden werden soll. Diesem würde aus dem Ressort des Innenministeriums das Sicherheitswesen (Polizei und Gendarmerie) übertragen werden. Die Person dieses Ministers steht noch nicht fest, es verlautet, daß es ein Beamter sein soll.

Zu dem Kabinettswechsel schreibt die Wiener Arbeiter-Zeitung u. a.:

Scheiber sei nicht nach dem Mißlingen der Zollunion gegangen, sondern er sei ein halbes Jahr später davongejagt worden, weil er der französischen Regierung nicht genehm gewesen sei. Das Blatt fährt fort: „Wer noch Gefühl für die Würde der Republik und die Freiheit des deutsch-österreichischen Volkes hat, dem muß der Gedanke die Schamröte ins Gesicht jagen, daß darüber, wer in Oesterreich Außenminister sein darf, nicht das österreichische Volk, sondern die französische Regierung entscheidet.“

Borsig-Hüttenbetrieb wird stillgelegt

1700 neue Arbeitslose

TU, Borsigwerk, 30. Januar.

Die Borsigwerk-AG. teilt mit: „Angesichts des seit geraumer Zeit festzustellenden völlig unzulänglichen Auftragsseinganges hat sich die Borsigwerk-AG. entschließen müssen, vorsorglich dem Demobilisierungskommissar die Stilllegung ihres Hüttenbetriebes am 28. Februar anzuzeigen. Die Betriebe der Gruben und der Kokereien werden von dieser Stilllegung nicht berührt.“

Von der Stilllegung werden gegebenenfalls 1700 Angestellte und Arbeiter betroffen werden.

Nur 5% Bierpreissenkung

Reichskommissar Goerdeler hat folgende Senkung der Ausschankpreise für Bier in Gaststätten angeordnet:

Bier, das im Ausschank je Liter bis 80 Pf. gekostet hat, muß 4 Pf. billiger ausgeschenkt werden, Bier mit einem bisherigen Preis von 1 M. um 6 Pf. und teurere Biere um 8 Pf. Für kleinere Gefäße sind entsprechende Ausschankpreise festgesetzt.

Die Gaststätten werden überdies verpflichtet, Preistafeln mit dem früheren und dem neuen Bierpreis anzubringen.

An diesem neuen Beispiel erweist sich wieder, was es mit dem Preisabbau für eine Bewandnis hat. Die Löhne sind durch die Notverordnung mit einem Schlag um 10 und 15 Prozent gesenkt worden, nachdem schon vormals die Schlichter für eine Senkung von gleichem und teilweise noch höherem Umfang durchgeführt hatten. Der Preisabbau, der in der Notverordnung angekündigt war und von dem versprochen wurde, daß er den Lohnabbau wieder wettmachen soll, hinkt weit hinter dem Lohnabbau zurück, und Goerdeler feiert als Preiskommissar schon Triumphe, wenn, wie im Falle des Bieres, ein 5prozentiger Preisabbau erzielt wird. Was Goerdeler befriedigen mag, befriedigt aber noch lange nicht die Masse der Konsumenten. Die Bierpreise müssen um mindestens das Doppelte gesenkt werden.

Das peruanische Kabinett zurückgetreten. Wie aus Lima gemeldet wird, ist das peruanische Kabinett am Donnerstag zurückgetreten.

Bekam Hitler Fransosengeld?

Genosse Paul Faure behauptet es

Berlin, 30. Januar.

Die Frage ist schon einmal positiv beantwortet worden: Von dem verstorbenen englischen Parlamentarier E. D. Morel. Jetzt wird sie wieder gestellt und wiederum positiv beantwortet. Der Generalsekretär der SPK, der Sozialistischen Partei Frankreichs, Paul Faure, hat in einer öffentlichen Versammlung in Dresden folgende Mitteilung gemacht:

Das bürgerliche Pariser Blatt „Le Journal“ habe unter den Geldgebern Hitlers auch die tschechischen Skoda-Werke genannt, deren Aktienmajorität dem französischen Kanonenfabrikanten Schneider-Creuzot gehört.

Auf eine Anfrage, die er, Paul Faure, in der Öffentlichkeit an die Firma gerichtet habe, sei zwar keine Antwort erfolgt. Aber ein Direktor von Schneider-Creuzot habe ihn besucht und ihm erklärt: Nicht die Skoda-Werke als solche, sondern die deutschen Direktoren der Skoda-Werke seien als Geldgeber des deutschen Faschismus bekannt. Faure fügte hinzu, wenn Schneiders Angestellte deutschen Kriegsbettern Geld gäben, so wollten sie ganz genau, daß ihr Chef nichts dagegen habe.

Die Mitteilungen des Genossen Faure sind außerordentlich instruktiv. Sie beleuchten schlaglichtartig die internationale Verknüpfung der blutigen Internationale, der Rüstungs-

industrie. Wir kennen mehrere Vorgänge aus der Vorkriegszeit, die Faures Enthüllungen durchaus glaubwürdig erscheinen lassen. Krupp hat wiederholt französische Zeitungen bestochen, damit sie zur Kriegsrüstung Frankreichs hetzten, um so in Deutschland eine Gegenaktion hervorzurufen, die ihm nur Nutzen, seinen Werken nur neue fette Aufträge bringen konnte. Eine andere Koryphäe der deutschen Rüstungsindustrie, der neuerdings in ganz anderen Zusammenhängen genannte Herr Paul von Gontard, hat im Jahre 1907 den Pariser Bevollmächtigten seiner Firma, der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, angewiesen, in den „Figaro“ oder eine andere der geleseeneren Zeitungen einen Artikel zu lancieren, in dem die — falsche — Nachricht, daß Frankreich seine Maschinengewehrbestellungen verdoppeln wolle, enthalten sein sollte. Das Manöver glückte überraschend gut. Karl Liebknecht hat im April 1913 im Reichstag diese Skandalaffäre enthüllt und festgestellt, daß tatsächlich die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik aus der falschen Nachricht Millionengewinne durch vermehrte Maschinengewehrbestellungen des preußischen Kriegsministeriums gezogen habe.

So scheint sich auch Hitler, indem er Goldzuwendungen der Skoda-Direktoren entgegennahm, zu einem blinden Werkzeug der internationalen Rüstungshyänen gemacht zu haben.

Für die proletarische Einheitsfront

In der gemeinsamen Branchenversammlung der Berliner Rohrleger, Helfer und Bauklempner des DMV. Berlin vom 28. Januar 1932 hielt der Bevollmächtigte Eckert ein Referat über die 4. Notverordnung und die Schaffung der „Eisernen Front“. Notverordnung ablehnen hieß, so erklärte Eckert, Bürgerkrieg, und das bedeute ein Trümmerfeld für Deutschland. Für den Wiederaufstieg Deutschlands und gegen den Faschismus müsse darum die „Eiserne Front“ mit dem „freiheitlich gesinnten Bürgertum“ hergestellt werden, worin die Freien Gewerkschaften den „Hammerschlag“ bilden sollen. Alles, was sich dieser Front von Seiten der KPD, SAP, KP-O und allen Grüppchen und Nörglern entgegenstelle und Kritik an der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften übe, müsse darum rücksichtslos beseitigt werden.

In der Diskussion kam die Empörung der Kollegen über die Taktik der Gewerkschaften zum Ausdruck. Der Kollege G. Müller (SAP) forderte:

1. den Einsatz der gesamten gewerkschaftlichen Macht für die ureigensten Aufgaben der Gewerkschaften — gegen die kapitalistische Offensive.
2. Für die parteipolitische Neutralität gegen-

über den Arbeiterparteien (los von der SPD).

Für die Wiederherstellung der Demokratie in den Gewerkschaften (Wahl- und Absetzbarkeit der Funktionäre und Mitbestimmungsrecht durch die Mitglieder).

Hier machte Eckert den bezeichnenden Zwischenruf „Das könnt Ihr in der SAP fordern“, was Müller sofort anprangerte. Wenn die Kollegen durch Abstimmungen und Wahlen eine andere Leitung und Aenderung des Gewerkschaftskurses fordern, dann sagt Eckert, das ist ein Drecks wert. Das ist der Geist der Bürokratie. — Nur in der Durchführung der Forderungen des Kollegen Müller kann, von den Gewerkschaften ausgehend, die proletarische Klasse geeinigt, und ein mächtiger Damm gegen den Faschismus aufgerichtet werden.

Eine in diesem Sinne vom Kollegen König vorgelegte Resolution wurde zwar vom Branchenleiter gelesen, doch weigerte sich die Versammlungsleitung, sie zur Abstimmung zu bringen.

Die falsche Gewerkschaftstaktik der KPD und die Passivität eines großen Teils der Kollegen verhinderte die Abstimmung dieser Resolution zu erzwingen.

Gesundheitskatastrophe in Sicht

Die statistischen Erhebungen über die Bevölkerungsverhältnisse in Deutschland zeigen, daß die Zahl der Erkrankungen und Sterbefälle in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben ist. Auch das letzte Jahr brachte, trotz stärkster Verelendung immer größerer Massen, keine nennenswerte Zunahme. Diese Tatsache darf uns aber keinen Augenblick darüber täuschen, daß die kapitalistische Krise in immer steigendem Maße die Volksgesundheit aufs schwerste bedroht. Jede dieser Statistiken ist geeignet, dem unbefangenen Leser Sand in die Augen zu streuen, und dient außerdem dem Unternehmer und seinem Staat dazu, die Zweckmäßigkeit des bisherigen Abbaues und die Ungefährlichkeit seiner weiteren, noch konsequenterer Durchführung aufzuzeigen. Demgegenüber muß es unsere Aufgabe sein, die ungeheure Gefahr, die diese Entwicklung bedeutet, zu zeigen und gegen sie anzukämpfen.

Die dauernde Verschlechterung der Lebensbedingungen des Proletariats, seiner elenden Ernährungsbedingungen und Wohnungsverhältnisse, haben die Widerstandskraft gegen Krankheiten zweifelsohne außerordentlich geschwächt. Daß die Krankheitsziffer trotzdem noch nicht gestiegen ist, liegt zum großen Teil daran, daß keiner, der noch in Arbeit steht, sich krank schreiben läßt, solange er es nur irgend vermeiden kann. Doch wird sich diese Tatsache sehr bald ändern, wenn die steigende Zahl der verschleppten und daher chronischen Krankheiten den Krankenhausetat der Gemeinden immer mehr belasten wird. Noch katastrophaler wird sich der Gesundheitszustand der Erwerbslosen gestalten, wenn ihre Widerstandskraft durch die zunehmende Unterernährung erst ganz gebrochen sein wird.

Parallel mit dem wachsenden Hunger und Elend geht kurzschichtigster Abbau der Wohlfahrts- und Gesundheitsfürsorge bei Reich, Ländern und Gemeinden. Die Ministerien geben die notwendigen Richtlinien für Einsparungen auf allen Gebieten, und die Gemeindevertretungen, einschließlich ihrer sozialdemokratischen Mitglieder, beileben sich meist, diese womöglich noch zu übertrumpfen und

dem Stadtsäckel jede zusätzliche Ausgabe für Wohlfahrtszwecke über den allernotwendigsten Unterstützungssatz hinaus zu ersparen. Keiner, der in der Gesundheitsfürsorge an verantwortlicher Stelle steht, kein Stadtarzt, kein Schularzt ist sich auch nur einen Augenblick darüber im unklaren, daß jede Personalverminderung, jede Leistungsrosselung auf diesem Gebiet nicht nur in kurzer Zeit erhöhte Ausgaben für Heilbehandlung, für Medikamente und Krankenhaus bedeuten. Jeder Sozialhygieniker weiß, daß Einschränkung der Gesundheitsfürsorge jetzt Krankheitshäufigkeit und allgemeinen Gesundheitszustand auf Jahrzehnte hinaus aufs ungünstigste beeinflusst.

Alle proletarischen Organisationen wissen oder müßten es wissen, um was es in dem Kampf gegen den Gesundheitsabbau geht: um die Erhaltung aller Errungenschaften, welche die Arbeiterklasse sich auf diesem Gebiet erkämpft hat. Hand in Hand mit dem Kampf gegen Lohn- und Gehaltsabbau und den Raub der politischen Rechte muß darum der Anschlag auf die Gesundheit der werktätigen Massen, den diese „Spar“politik bedeutet, von der gesamten Arbeiterschaft abgewehrt werden. Die körperliche und damit auch geistige Schwächung des Proletariats ist für die Entwicklung seines Klassenbewußtseins und seiner revolutionären Kräfte ein starker Hemmschuh. Einigkeit der Arbeiterklasse im Abwehrkampf kann hier, wie überall, manchen Rückschlag verhindern und die Zeit bis zum Endkampf abkürzen. E. B.

200 Verletzte in Bombay

Bombay, 30. Januar.

Versuche der Kongreßanhänger in Bombay, eine Kundgebung anlässlich des Peschawar-Tages zustande zu bringen, führten zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Zwei Menschen wurden getötet, über 200 verletzt. Schließlich mußte Militär aufgeboten werden. Anlässlich der Ankunft der englischen Mitglieder des Indien-Ausschusses waren überall Schilder angebracht mit der Aufschrift: „Schickt die unerbetteten Gäste nach Hause“.

Die Nazis bringen einen Reichspräsidenten

Berlin, 30. Januar.

In der Freitagversammlung der NSDAP im Berliner Sportpalast wurde nach einer begeisterten Kundgebung für Adolf Hitler mit dem Rufen „Hitler Reichspräsident!“ ein Schreiben zur Reichspräsidentenwahl verlesen, das von Goebbels stammt, der selbst der Kundgebung beiwohnte, gegen den aber Redeverbot besteht. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Ich bin der Überzeugung, daß das deutsche Volk in seiner besten und weitaus überwiegenden Mehrheit auf unsere Parole wartet, um einen deutschbewußten, tatbereiten Reichspräsidenten zu wählen. Dieser Reichspräsident muß ein Herz haben für das leidende und gequälte deutsche Volk und vor allem für seine verfolgte und blutiggeschlagene Jugend. Haben wir diesen Reichspräsidenten, dann ist Schluß mit Uniform- und Redeverboten, dann gehört Deutschland wieder den Deutschen, dann wird aufgeräumt mit der marxistischen Mordpartei und dem Deutschland freie Bahn geschaffen. Für den Tag arbeiten wir, ob wir reden oder schweigen müssen.“

München, 28. Januar.

Die Nationalsozialisten werden hier im Februar eine Besprechung aller Unterführer abhalten, zu der Adolf Hitler eingeladen hat, um sich über die Frage einer nationalsozialistischen Sonderkandidatur für die Reichspräsidentenschaft mit seinen Anhängern zu besprechen.

Der „Völkische Beobachter“ verboten!

München, 30. Januar.

Die Polizeidirektion München hat den „Völkischen Beobachter“ bis einschließlich 7. Februar verboten. Das Verbot gründet sich auf zwei Artikel unter der Überschrift „Wir fordern Reichs-Exekutive gegen die Rotmordzentrale in Preußen“ und „Severing als Protektor der Eisernen Front“, die am 26. Januar im „Völkischen Beobachter“ erschienen waren. Darin wird eine Beschimpfung der preußischen Regierung bzw. des Ministers Severing erblickt. Außerdem wird noch ein außenpolitischer Aufsatz Rosenbergs sowie ein am 27. Januar erschienener Artikel „Ein neues Redeverbot gegen Pfarrer Häußer“ als Verbotgrund herangezogen. Der letztere Artikel soll eine Bedrohung des Bischofs von Augsburg und damit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit enthalten. Der „Völkische Beobachter“ wird gegen das Verbot sofort Beschwerde einlegen.

Proleten demonstrieren gegen Nazimord

Aus Braunschweig wird berichtet:

Am Grabe des bei einem politischen Zusammenstoß erschossenen Reichsbannermannes Meier sprach nach verschiedenen Reden auch ein Vertreter des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, der dem Toten Reche verbiß. Auf dem Rückweg vom Friedhof sang die nach Tausenden zählende Menge Kampflieder. Es wurden auch Rufe gegen die Polizei ausgebracht. Die Beamten gingen mit der Waffe gegen die Arbeiter vor. Die Menge flüchtete zunächst, sammelte sich jedoch immer von neuem. An einer geschlossenen Bahnschranke an der Helmstedter Straße entstand ein großes Gedränge, so daß die Holzabsperzung eingedrückt wurde. Nach Eintritt der Dunkelheit sammelten sich die Massen immer von neuem, so oft sie die Polizei auch auseinandertrieb. Mehrere Fensterscheiben wurden zertrümmert. Festgenommen wurden insgesamt 25 Personen, die dem Schnellrichter zugeführt werden.

Wieder ein Nazi-Ueberfall

Dortmund, 29. Januar.

In einer nationalsozialistischen Versammlung kam es zu einem schweren Zusammenstoß. Als ein Kommunist wegen einiger Zwischenrufe mit Gewalt aus dem Saal entfernt werden sollte, forderte er seine Anhänger auf, den Saal mit zu verlassen. Im nächsten Augenblick fielen die Nationalsozialisten mit Stuhl- und Tischbeinen als Waffen über die anwesenden Arbeiter her. Ein Versammlungsteilnehmer wurde so schwer verletzt, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Das Ueberfallkommando ging natürlich nur gegen die Kommunisten vor. Ein Kommunist wurde verhaftet und dem Schnellrichter vorgeführt.

Im weiteren Verlaufe des Abends kam es in verschiedenen Stadtteilen noch zu Zusammenstößen.

Redeverbot für Goebbels in Altona. Der Polizeipräsident von Altona-Wandsbek hat für den Bereich seines Bezirks angeordnet, daß der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels in öffentlichen politischen Versammlungen weder reden noch anwesend sein darf.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag Verordnungen über die Nachentrichtung von Beiträgen für versicherungsfreie Personen und über die Besetzung der Beiräte für die Reichsbahn. Er genehmigte weiter eine Verordnung über die Offenlegung der Einheitswerte und die Durchführungsbestimmungen für die Ueberleitung zur landwirtschaftlichen Einheitssteuer.

Die 1212 Toten von Courrières

19 Tage im Kohlenberg eingeschlossen

Im Hinblick auf die zahllosen Grubenkatastrophen der Gegenwart gewinnt die nachfolgende Erinnerung an das furchtbare Unglück von Courrières aktuelles Interesse. Das Massensterben in den Kohlenruben bedeutet eine Mahnung an das Gesamtproletariat, den Sturz des Kohlenmagnatentums und aller übrigen kapitalistischen Kapitäne endlich durchzuführen!

Mit grellem Pfeifen verkündeten am 10. März 1906 die Sirenen der Hüttenwerke bei Courrières den Schichtwechsel um 5 Uhr früh. Schwarz von Ruß und Kohlenstaub kam die Nachtschicht zutage, verschwand in den Waschkauen, um sich zu säubern, zerstreute sich langsam in das kleine Städtchen mit 5400 Einwohnern im Departement Pas de Calais.

Eine Stunde später, um 6 Uhr, schrien wieder die Sirenen: die Einfuhr der Tageschicht in die Gruben begann. 1795 Mann verschwanden in den Stollen der Schächte II, III und IV.

Um 6.30 Uhr, eine halbe Stunde nach der Einfahrt, blieb der Förderkorb des Schachtes III stecken. Ein Grubeningenieur tritt zu dem Mann am Schalthebel, beide leicht beunruhigt — unterhalten sich noch über die Ursache des Versagens, als plötzlich ein dumpfes grollendes Donnern aus der Grube tönt. „Der Berg...“ schreit der Maschinist auf. Mitten in den Satz stößt ein furchtbarer Wirbelwind aus der Schachtöffnung. Die beiden Männer fliegen wie Papierfetzen zur Seite, mit wahnwitzigem Krachen fährt der steckengebliebene Korb aus dem Schacht und schlägt gegen die oberen Fender des Gerüsts, Stahl und Holz splittert, Fensterscheiben zerklünnen, das Dach des Förderhauses bricht auf — dann schießt eine ungeheure Stichflamme aus dem Schacht, die in Sekunden das Grubengebäude in Brand steckt.

Minuten vergehen — die Menschen über Tag sind gelähmt von Furcht. Dann brüllt — diesmal aus den Schächten II und IV gleichzeitig — wieder eine Explosion, die Erde bebt minutenlang, dann verlöschen langsam die haushohen Stichflammen. Ueber den Werken breitet sich das Schweigen des Entsetzens.

1795 Mann sind in den Schächten!
1795 Menschenleben sind in Gefahr!

1212 Tote, 520 Verletzte

Minuten nur nach den Explosionen beginnen die Bergungsarbeiten. Fast 5000 Bergleute, die gesamte Belegschaft der dreizehn Zechen in Courrières, gehen an gegen das Gas, das Feuer, den niederbrechenden Berg. 1212 verkohlte, verstümmelte Leichen werden zutage gefördert, mehr als 500 Verwundete in die Notlazarette eingeliefert. Dann bricht — trotz der dringenden Vorstellungen der Bevölkerung und der an die Unglücksstätte geeilten Regierungsmitglieder aus Paris — die Grubenleitung die Rettungsarbeiten ab: immer neue Explosionen in den mit Gas gefüllten Stollen gefährden das Leben der Bergungsmannschaften und erschweren die Aufräumarbeit unter Tag ungeheuer.

Am Vormittag des 12. März traf in Courrières eine Abteilung ausgezeichnet ausgerüstete und für die Bekämpfung unterirdischer Brände besonders geschulter Feuerwehrlente in der Stärke von zehn Mann aus Paris ein. Nach drei Stunden kommen sie aus den Schächten zurück, ihr Führer erklärt: „Die Arbeit in den vergasteten Gängen ist auch mit Sauerstoffmasken unmöglich, das Feuer unter Tag muß sich selbst auffressen, ehe neue Bergungsarbeiten in Angriff genommen werden können. Außerdem kann der Rest der Eingeschlossenen nicht mehr am Leben sein.“

Der Bevölkerung der Stadt bemächtigte sich auf diese Mitteilung hin eine maßlose Erregung. Polizei und Militär mußten herangezogen werden, um einen Sturm auf die Verwaltungsgebäude zu verhindern, durch den die aufgerichteten Massen die Grubenleitung zwingen wollten, die Rettungsarbeiten weiterzuführen. Selbst das Eingreifen der Minister Dubief und Gauthier hatte keinen Erfolg mehr: die Wachmannschaften wurden mit Steinen beworfen, die Grubeningenieure als Feiglinge beschimpft, die Fenster der Villa eines Direktors zertrümmert.

In der Nacht vom 12. zum 13. März geschah etwas völlig unerwartetes: deutsche Kumpels aus dem Ruhrkohlenrevier, sechzehn Mann stark, erschienen unter Führung des Obersteigers E. J. und der Ingenieure Koch und Meyer an der Unglücksstätte und führen — entgegen allen Warnungen — sofort in die vergasteten Schächte ein. Sie haben tagelang unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit in den vergasteten Schächten gearbeitet, und ihnen allein ist es zu danken, wenn tatsächlich noch vierzehn Lebende gerettet werden konnten!

Neunzehn Tage im Berg eingeschlossen

Die Geschichte dieser vierzehn Bergarbeiter klingt wie ein Märchen und ist doch grausige Wirklichkeit gewesen.

Neun Bergarbeiter wurden bei der ersten Explosion im Pumpenraum des Schachtes IV eingeschlossen und von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. Nach zweitägigem Hindämmern begannen sie, ihr Gefängnis — in dem längst schon jedes Licht erloschen war — aufzuräumen und die Wände zu untersuchen. Als sie feststellten, daß eine der Mauern immer wärmer wurde — ein Zeichen dafür, daß jenseits von ihr immer noch Explosionen erfolgten und daß in dem Stollen immer noch das Feuer wütete — verstärkten sie diese Mauer und kühlten sie regelmäßig mit Wasser aus dem Pumpensee ab. Mehrmals waren Rettungsmannschaften ganz in ihrer Nähe, sie hörten ihr Arbeiten und ihre Klopfzeichen, antworteten auch durch Rufe und durch Schläge an die Wand — aber die Rettung kam nicht...

Am sechsten Tage bekamen drei der Eingeschlossenen schwere Wahnsinnsanfälle. Der eine warf sich auf den Boden und schrie ununterbrochen, stundenlang in der grauhaftesten Weise. Die beiden anderen versuchten, die mühsam verstärkte Schutzwand einzureißen, um durch die vergasteten Stollen zum Förderschacht zu gelangen. Nur mit Gewalt konnten sie gebändigt werden, wobei einer von ihnen — Schaum vor dem Munde und mit völlig

verdrehten Augen — mit dem Messer auf seine Kameraden losging.

Die andere Gruppe der Eingeschlossenen befand sich sieben Tage in einem Werkzeugraum aus dem sie — halb erstickt und völlig entkräftet — von den deutschen Hilfsmannschaften befreit wurde. Zwei von ihnen wurden durch die Katastrophe lebenslänglich arbeitsunfähig, die anderen erholten sich erst nach Monaten wieder von dem Schreck und den gesundheitlichen Schädigungen ihrer Gefangenschaft im Berg.

Am 22. März befahl der Präfekt des Departement Pas de Calais die Einstellung der Bergungsarbeiten, da er es nunmehr für ausgeschlossen hielt, daß noch Lebende in den verschütteten Gängen unter Tag gefunden werden konnten. Man ging bereits daran, die beschädigten Gebäude der Werke wieder auszubessern, als am 24. März nochmals Mitglieder der deutschen Rettungsexpedition mit Freiwilligen aus der Belegschaft der Gruben in Schacht III einfuhren, um zu versuchen, von dort aus in die entlegenen Teile des Schachtes IV zu gelangen. Dabei kam es zu einer grauenvollen Wettarbeit zwischen den Rettern und den im Pumpenraum eingeschlossenen Bergleuten. Als diese bemerkten, daß die von ihnen aufgerichtete Schutzwand von außen her eingeschlagen werden sollte, versuchten sie, unter Aufbietung ihrer letzten Kräfte die Wand mit Sand und Brettern zu verstärken. Erst als sie die Klopfzeichen der Hilfsmannschaften verstanden, begannen sie, buchstäblich mit den Händen die Mauer

freizuräumen und von ihrer Seite aus abzubauen.

Ueber die Begegnung der deutschen Kumpels mit den halb verhungerten und abgezeihten Männern im Pumpenraum des Schachtes IV ist niemals Näheres bekanntgeworden. Die Retter waren zu erschüttert von dem Anblick dieser Unglücklichen, die neunzehn Tage und Nächte im Berg eingeschlossen waren, um später darüber zu berichten. Aber heute noch lebt in der Bevölkerung von Courrières das Andenken an jene neunzehn Deutschen, die heldenhaft in wortloser Pflichterfüllung und Menschlichkeit ihr Leben einsetzten für ihre in Lebensgefahr schwebenden französischen Kameraden...

Das Verbrechen der Grubengesellschaft

Die Katastrophe ist durch die verbrecherische Fahrlässigkeit der Grubengesellschaft verursacht worden. Seit Wochen brannte es in den Gruben. Der Schachtinspektor hat drei Wochen vor dem Unglück den Präfekten auf die Gefahr aufmerksam gemacht und auch die Ingenieure haben den Direktor ersucht, den Schacht III abzumauern, damit der Brand lokalisiert werde. Der Direktor aber verweigerte das. Die Grubengesellschaft wollte eben von ihrem Profit nichts verlieren. Der lodernde Zorn der Bergarbeiter des ganzen Gebietes gegen die Urheber der schrecklichen Katastrophe, des größten Bergwerkunglücks, das sich je ereignet hat, fand in einem großen Streik seinen Ausdruck. („Arbeiter-Zeitung“, Wien)

Der Leopard ist los

Ein zweijähriges Kind zerrissen

Berlin, 29. Januar.

Der Kunstmaler Hugo v. Othegraven-Streithagen brachte von einer Afrika-reise einen Leopard mit, den er in seiner Wohnung in der Kaiser-Allee 98 hielt. Das Tier, das seinem Herrn anscheinend treu ergeben schien und nur an einem sogenannten Raubtieressen befestigt war, fiel Freitag mit der Portiersfrau Scharries und ihr zweijähriges Töchterchen an.

Die Portiersfrau, die dem Maler die Wohnung in Ordnung hielt, kam mit ihrem Kind auf dem Arm in das Zimmer, um sich Tinte auszuleihen. Plötzlich sprang der Leopard sie an und verletzte das Kind schwer. Die verzweifelte Mutter drückte ihr Kind fest an sich, ohne es den Prankenschlägen des Leoparden entziehen zu können. Erst dem auf die Hilferufe herbeieilenden Portier gelang es, das Tier mit Hammerschlägen auf den Kopf von seinem Opfer abzubringen. Das Kind war so schwer verletzt, daß es bei Eintreffen eines Arztes bereits tot war. Die sofort verständigte Polizei nahm den Maler in Haft und

schloß den Leopard in die Wohnung ein, bis eine Entscheidung getroffen ist, was mit dem Tier geschehen soll.

Der Vorfall ist unerhört. Der Maler hatte trotz mehrfacher Aufforderungen der Polizei das Tier nicht entsprechend untergebracht; der Zoo hatte eine Aufnahme bereits vor einiger Zeit wegen der Gefährlichkeit des Leoparden abgelehnt. Um eines Spleens willen ist ein junges Menschenleben vernichtet worden. Es erscheint als eine Selbstverständlichkeit, daß der Besitzer des Raubtieres gerichtlich zur Verantwortung gezogen wird. (In einem Teil der Auflage wiederholt.)

Zum Tode verurteilt

Berlin, 30. Januar.

Auf Anordnung des Polizeipräsidenten wird der Leopard, der am Freitag in der Wohnung eines Kunstmalers ein zweijähriges Kind tötete und der in der vergangenen Nacht unter Beihilfe der Polizei zu einem Tierbändiger in der Belle-Alliance-Straße gebracht wurde, dort erschossen werden.

Vier Personen ertrunken

Bolkenhain (Schles.), 30. Januar.

In Rudelstadt (Kr. Bolkenhain) ist gestern am späten Nachmittag beim Schlittenfahren auf dem Bober, der nur mit einer dünnen Eisdecke überzogen ist, die Arbeiterfrau Anna Lange mit zwei Kindern eingebrochen und ertrunken. Ihr elfjähriger Sohn, der in der Nähe Schlittschuh lief, wollte die Eingebrochenen retten, fand aber gleichfalls den Tod in den Fluten.

Millionenschaden durch das Hochwasser in Norwegen

Oslo, 30. Januar.

Der durch das Hochwasser der Troendelag-Flüsse angerichtete Schaden wird auf mindestens eine Million Kronen geschätzt.

Winter in Konstantinopel

Konstantinopel, 30. Januar.

Eine neue Kältewelle hat den Bosphorus erfaßt. Seit zwei Tagen schneit es ununterbrochen. Ein mächtiger Sturm, der großen Schaden anrichtete, macht jeden Schiffsverkehr unmöglich. Ein derartig winterliches Wetter hat man in Konstantinopel seit Jahren nicht beobachtet.

Elli Beinhorn am Aequator

Berlin, 30. Januar.

Die Fliegerin Elli Beinhorn ist Donnerstag nachmittag mit ihrem Klemm-Argus-Flugzeug, von Bangkok kommend, in Singapur gelandet. Sie verließ früh morgens die Hauptstadt von Siam, wo sich zum Empfang noch einmal die gesamte deutsche Kolonie eingefunden hatte, und flog über Penang nach Singapur, was einer Tagesstrecke von knapp 2000 Kilometer entspricht. Damit hat die Fliegerin die südlichste Spitze Indiens erreicht, und nur noch 150 Kilometer trennen sie vom Aequator. In Singapur wurde ihr wiederum ein herzlicher Empfang zuteil.

Die Pest in der Zigarette

Wie aus Boston berichtet wird, verursachte eine Zigarette vor kurzer Zeit zwei tödliche Unglücksfälle. Eine Krankenschwester, die mit dem Reinigen von Phiolen beschäftigt war, legte einen Augenblick ihre Zigarette zwischen die Gläser. Als sie sie wieder aufnahm, bemerkte sie nicht, daß die Zigarette etwas Feuchtigkeit angenommen hatte. Ein paar Tage darauf wurde sie in hoffnungslosem Zustande ins Spital gebracht. Sie hatte sich durch ihre unvorsichtige Handlungsweise mit Pestbazillen infiziert. Kurz nach ihr starb auch der Arzt, der sie behandelte.

700 Goldbarren im Werte von etwa einer Milliarde franz. Franken sind am Donnerstag an Bord der Dampfer „Europa“, „Albert Ballin“ und „President Harding“ für französische Rechnung aus New York eingetroffen. Die französische Presse bemerkt hierzu, daß Frankreich nach wie vor „der Hafen der Sicherheit“ bleibe.

Das Mordluftschiff

Ein Schwesterluftschiff der „Acron“

Wie Associated Press aus Washington meldet, wird in höheren Marinekreisen erwogen, das Marineluftschiff „Los Angeles“ zu verkaufen und den Erlös zur Vergrößerung des „ZRS 5“, des Schwesterluftschiffes der „Acron“ zu verwenden. Der Kommandeur Fulton von der Projektionsabteilung des Marineamtes verlas vor einem Marinekomitee des Repräsentantenhauses, das die angeblichen Defekte der „Acron“ untersuchen soll, ein Schreiben des Admirals Moffett an den Marineminister, in dem empfohlen wird, das Fassungsvermögen des jetzt in Bau befindlichen „ZRS 5“ auf 7500 000 Kubikfuß zu erhöhen. Dadurch würde sich der Aktionsradius des „ZRS 5“ von 8500 auf 11500 Seemeilen erhöhen. In dem Schreiben wird weiter erklärt, daß, falls die amerikanische Kriegsmarine auf ihrer „fortschrittlichen“ Höhe bleiben wolle, diese Aenderung notwendig sei.

Oel- und Gasausbruch

im Celler Oelgebiet

Celle, 30. Januar.

Auf der Bohrung E40 kam es zu einem gewaltigen Oel- und Gasausbruch, der den ganzen Tag mit unverminderter Stärke anhielt. Fast die gesamte Belegschaft mußte zum Aufwerfen von Dämmen herangezogen werden, um den zu erwartenden Oelregen zu bergen. Der Ausbruch trat ein, als man mit dem Schlemmen beginnen wollte. Durch den starken Gasdruck werden Sandteilchen hochgeschleudert, die die Absperrfaser in kurzer Zeit wieder durchschleifen, so daß Gas und Oel widerstandslos entweichen können.

Eine Kohlengrube wird Museum

Nach ihrer Stilllegung ist die Grube „Roter Bär“ bei Clausthal-Zellerfeld für das Heimatmuseum bestimmt worden. Sie wird nun weiter ausgebaut werden, um den Besuchern den Gang eines modernen Bergwerks demonstrieren zu können. Man hat bereits eine Steigergrube angegliedert und eine Kammer für die Aufbewahrung von Schießmaterial fertiggestellt.

Feuergesicht mit Einbrecher Polizeibeamter getötet

Duisburg, 30. Januar.

Zwischen einer Polizeiradfahrpatrouille und einem Einbrecher, der sich auf einem Hofe verschanzt hatte, kam es heute früh zu einem Feuergesicht, in dessen Verlauf der Polizeihauptwachtmeister Floering durch einen Kopfschuß getötet wurde. Der Einbrecher namens Seemann wurde schwer verletzt dem Krankenhaus zugeführt.

Reliquie für Weißgardisten

Ein ehemaliger Donkosak, der gegenwärtig in Berlin lebt, behauptet, im Besitz der Uniformbluse zu sein, die der Zar Nikolaus II. bei seinem Tode trug. Er will das zweifelhafte historische Kleidungsstück in Jekaterinburg von einem der Hauptteilnehmer an der Ermordung der kaiserlichen Familie gekauft haben. Die Bluse, die die Spuren von vier Kugeln trägt, soll nach Paris gebracht werden, um in das historische Museum der Donkosaken aufgenommen zu werden, das demnächst in der französischen Hauptstadt eröffnet werden soll.

Feuilleton der SAZ

Lob der Revolutionäerin Pelagea Wlassowa

Aus „Die Mutter“ von Brecht

An Montag, 1. Februar, findet, wie bereits angekündigt, im Berliner Lustspielhaus für SAP und SAV eine Vorstellung der „Mutter“ statt. Das ist unsere Genossin Wlassowa: Gute Kämpferin, Fleißig, listig, zuverlässig. Zuverlässig im Kampf, Listig gegen unsern Feind Und fleißig bei der Agitation. Ihre Arbeit ist klein, Zäh verrichtet und unentbehrlich Sie ist nicht allein: Wo immer sie kämpft — wie sie Kämpfen zäh, zuverlässig und listig In Twerjk, Glasgow, Lyon, Chicago, Schanghai, Kalkutta Alle Wlassowas der Erde: Gute Maulwürfe. Unbekannte Soldaten der Revolution — Unentbehrlich.

Was ist „Die Ente“?

„Die Ente“ ist ein neues linkes Witzblatt gegen Kulturreaktion und bürgerliche Presse, das mit viel Witz und Geschick redigiert wird und von Nummer zu Nummer einen besseren Eindruck macht. Der Anschaffungspreis dieser „Ente“ ist mit zehn Pfennig wirklich nicht zu hoch, als daß man solch fetten Artikel nicht in Massen kaufen könnte.

Wir empfehlen das aufs dringendste. Der Inhalt des Blattes wird die Leser nicht nur, wie es so schön heißt, über die Sorgen des Tages hinweglachen machen, er wird zweifellos auch manche Anregung und manch neuen frischen Impuls für den Tageskampf geben. Es gibt in der „Ente“ ein paar ständige Rubriken. Eine lautet, in Anlehnung an die allwöchentliche Sorge des Ullsteinschen „Tempo“: „Fragen Sie Frau Christine...“ Eine bessere Verhöhnung der Liebesschmerzen und gesellschaftlichen Betulichkeiten der Spießbürger ist kaum zu ersinnen. Eine andere regelmäßig wiederkehrende Rubrik heißt „Hinter den Redaktionstüren“, und was unter diesem Titel in dieser Spalte steht, das sind mehr als Witze, das ist blutige Wahrheit, und jeder Leser wird daraus seine eigenen Folgerungen zu ziehen haben.

Der begabte Redakteur der „Ente“ heißt Hardy Worm. Lest ihn und sein Blatt.

Der „ähnliche“ Kerr

Die „Ente“ erzählt:

„Wer ein bißchen was ist, läßt sich natürlich von Liebermann malen. Auch Alfred Kerr vom „BT“ tat solches. Nach der vierten Sitzung stieg er von seinem Stühlchen, stellte sich vor das halb fertige Porträt und kritisierte es.

„Ich kann mir nicht helfen, ich entdecke noch nicht die geringste Ähnlichkeit“, maulte der große Theaterkritiker.

Liebermann winkte ab:

„Warten Sie noch'n paar Tage. Det wird noch zum Kotzen ähnlich.“

*

In der „Ente“ gibt es auch „Nachrichten“, politische Nachrichten. Eine davon lautet so:

Ein Glied ist gerissen!

Weil wir im Zeitalter des freien Geistes leben, uns sehr aufgeklärt vorkommen und im übrigen keine anderen Sorgen haben, schreiben wir uns Kettenbriefe. Vor mir liegt so ein mysteriöses Exemplar. Der geheimnisvoll-mystische Inhalt dieses Schreibbriefes macht auf mich nicht den richtigen Eindruck, da ich anscheinend gerade die neunte Kopie dieses Schreibmaschinenlaborats bekommen habe. Das Durchschreibepapier war bereits stark abgenutzt — und gerade solche Einzelheiten können außerordentlich profanierend sein. Ja, Kettenbriefe, mit geronnenem Herzblut auf schwarzes Papier geschrieben, oder mit schwarzer Geheilminte auf vergilbten Pergamenten, mit antiker Handschrift und symbolischen Arabesken, nach feinem Parfüm und Weihrauch duftend — und dazu der komische Inhalt — ja, das lobte ich mir. Das Einmalige, das Bezauberte, das Metaphysische vermisse ich. Mit diesen zwei Schreibmaschinenseiten könnt ihr mir alle nicht imponieren. Eine ganze Rolle kostet ja nur 50 Pf., und außerdem ist es unbeschrieben brauchbarer.

Was so ein Kettenbrief enthält? Eine Fülle von Schmeicheleien und Drohungen. Die Aufforderung, 9 Abschriften an meine „begabtesten Freunde“, denen du Glück und Karriere wünschst, womöglich innerhalb 24 Stunden zu verschicken, setzt voraus, daß der Briefschreiber mich ebenfalls für einen seiner „neuen begabtesten Freunde“ hält. Eine kleine Ueberrumpfung, ein Appell an das menschliche Selbstbewußtsein. Dann aber kommt die Kehrseite der Medaille: „Dir aber, wenn du es als Scherz auffaßt, nicht weiter sendest und so die Kette zerreißt, wird Unglück über Unglück zustoßen.“ — Notabene: für die obskure Stilisierung bin ich nicht verantwortlich zu machen. Ich habe mich bereits

bemüht, wenigstens die orthographischen Fehler, die der Brief enthält, nicht auf meinen Bericht zu transferieren.

Dann folgen Beispiele dafür, wie die Folgsamen belohnt und die Ungläubigen bestraft wurden. So erfahren wir, daß Hauptmann Voltiere am 9. Tage das große Los gewann, daß Pola Negri die Heirat mit einem Fürsten ihrem Glauben an das Kettenbriefglück verdankt — und — und — und daß auch — „MacDonald das Glück hold war.“ Wollen wir nicht sofort den Herren Noske und Scheidemann auch einen solchen Brief schicken, damit ihnen nach MacDonaldschem Muster das „Glück“ auch bald „hold“ sei? Zur Kenntnis genommen haben wir ferner, daß Max Schmeling, dem wir so mystische Anwendungen niemals zugetraut hatten, als einen von seinen neuen begabtesten Freunden den Schnellläufer Nurmi betrachtet, und daß dieser wiederum zarte Beziehungen zu einer Gräfin Potopy unterhält. Olga Feodorwa wird von einem Obersten Delgemitz verehrt, und „Frau Stresemann“ (sic!) bemüht sich anscheinend um die Freundschaft von Lil Dagover. Wir haben von diesen interessanten Querverbindungen dankend Kenntnis genommen und warten nun ungeduldigst darauf, daß uns ob unserer pietätlosen Indiskretion „Unglück über Unglück zustoßt.“ — Uebrigens finde ich an bescheidenem Platze noch den Namen Dr. Eckeners. „Diese Kette soll neunmal um die Erde gehen und jeden Empfänger Glück und Karriere bringen!“ Wie wäre es, wenn Dr. Eckener seinen Zeppelin in den Dienst dieser guten Sache stellen würde? „Glück und Karriere“ würden schneller zu uns kommen und einen gewiß größeren Personenkreis erfassen können. Wozu also der Sozialismus, wenn auch Kettenbriefe der Menschheit Glück bedeuten können? Herbert Duckstein.

„Das Polizeipräsidium teilt mit:

Pressemeldungen, die Polizei habe im Fall Felsenack nicht ihre volle Pflicht erfüllt, beruhen auf einer Verkennung der tatsächlichen Begebenheit. Wie bereits gemeldet wurde, hatte die betreffende Polizeibehörde lediglich den Befehl, die demonstrierenden Nationalsozialisten zu begleiten und gegen Ueberfälle zu schützen. Da Ueberfälle auf die Leute nicht stattgefunden haben, wie inzwischen einwandfrei festgestellt wurde, war für die begleitenden Polizeibeamten auch kein Anlaß gegeben, einzuschreiten.“

*

Wissen Sie schon, daß der liebe Gott beschlossen hat, sich nicht mehr in den Aufsichtsrat evangelischer Banken wählen zu lassen? („Die Ente“)

Die optische Industrie der Phönizier

Neuere Ausgrabungen lassen vermuten, daß schon bei den alten Phöniziern eine industrielle Linsenschleiferei bestand. Man hat an verschiedenen Stellen plankonvexe Linsen mit einer Stärke zwischen 5 und 8 Dioptrien gefunden. In einem Sarkophag wurde sogar eine regelrechte Brille entdeckt, die offenbar für weitsichtige Augen bestimmt war.

New Yorker Banken tätigen und den Wert ihres deutschen Vaterlandes nach ihrem Rohstahlsatz messen — die sind da gut erkennbar herausgekommen.

Sie kennen keine Parteien mehr, sie kennen nur noch Devisen.

Das Buch soll man bekannt machen. Es ist ein illustrierter Handelsteil, aber mit Kulisseinblicken, die sonst verborgen bleiben, und die Telefonleitungen, die sonst unterirdisch zwischen den Kommandostellen der Politik und Industrie hin- und herlaufen, sind ausnahmsweise bloßgelegt.

Roland Beutner.



Nichtigkeiten

Ein gutes Beiprogramm ist eine angenehme „Zuspeis“ zum großen dramatischen Braten, desentwegen der Mensch ins Kino geht; und ein bedeutender Conférencier bestimmt, wie man weiß, als mehr oder weniger elegantes Gerippe die Rasse und Grazie eines Kleinkunstprogramms. Daher dachte die Emelka: nimm einfach ein abendfüllendes Beiprogramm und ersetze den Braten durch den prominenten Conférencier Willi Schaeffers, rühre das Ganze mit einer Prise garantiert unschädlichen republikanischen Nießpulvers an, verkoche es langsam aber gründlich als „Uraufführung“ im Berliner Marmorpalast zu einem Brel, den du — um nicht etwa in den Verdacht zu geraten, modernen, aufstöberischen, erfindarischen und wesentlichen Geistes zu sein — hübsch spießbürgerlich mit dem Titel „Emelka-Film-Allerlei“ versieht... sie werden's schon fressen. Tatsache aber war, daß lediglich die Pinguine, denen es Wurst ist unter Punkt 7 des Programms in „Vögel aller Meere“ dem Publikum ein sympathisierendes Grinsen entlockten. Im übrigen blieben Besucher und geladene Gäste marmorn wie der Palast, in dem sie saßen, während Tonwoche, Lehrfilme, Reportage, Trickfilm ungesalzen an ihnen vorüberflimmerten. Auch die Tatsache, daß der beliebte Schaeffers eine bayrische Hose an hatte und daß ein Komponist seinen neuesten Schlagerkomponist vorführte, war (das konnte die Emelka natürlich nicht ahnen) nicht so überwältigend, wie sie es sich, naiv wie sie ist, wohl vorgestellt hatte. —er—



„Patrioten“

Ein politischer Roman von Heinz Pol. Agis-Verlag, Berlin-Wien. 2,85 kart.

Wenn es dem Proletarier materiell möglich wäre, methodisch zu lesen, d. h. in jeder politischen Situation die Literatur heranzuziehen, die eben auf Grund ihres Stoffes besondere Aktualität besitzt, dann würde dieses Röntgen-Experiment am Gerippe unseres sogenannten Wirtschaftssystems zweifellos eine Menge interessierter Leser finden.

Da wird in einem geschickten feuilletonistischen Rahmen ein Kapitel Politik und Wirtschaft behandelt, deutsche Politik und Wirtschaft — es ist ein schieres Wunder, daß man das noch nicht verboten hat.

Die Männer am Schaltwerk der deutschen Außenpolitik, die Wirtschaftsführer mit ihrem ganzen Marionettentheater von Abgeordneten, Presseleuten, Parteiführern und Ministern, die Männer, die da „Deutschland“ sagen und Exportquote meinen, vor Patriotismus platzen, aber ihre Geschäfte an den

Kleines Feuilleton

Wie lange hörst du täglich Rundfunk?

In zehn Groß- und Mittelstädten der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde eine Rundfrage veranstaltet, wieviel Stunden der Hörer im Durchschnitt täglich seinen Empfänger einschaltet. An Hand von 121 888 Antworten wurde ermittelt, daß der Hörer im Durchschnitt 4,04 Stunden lang Rundfunkdarbietungen lauscht. Nur ein Sechstel aller befragten Hörer ist am Tage mehr als sechs Stunden am Rundfunkgerät zu finden.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 4

35. Fortsetzung.

„Das Gefährliche? Marjie, haben Sie Umgang mit Bolschewisten? Ich sehe nichts Gefährliches, aber ich möchte eine Ahnung davon haben, wie es da unten ist, wie diese anderen Menschen leben und was sie denken. Doch in Amerika wird es nie wie in Rußland werden, davor brauchen wir keine Angst zu haben.“

„Es fällt mir nicht ein, Angst zu haben; aber gerade dieses Gefühl, daß die Welt nicht immer bleiben wird, wie sie heute ist, wirkt auf mich betäubend. Könnte man das Leben überhaupt genießen, wenn man nicht wüßte, daß man sterben wird? Ich liebe alles, was das Heute ausmacht, diese Musik, diese Wolkenkratzer, von oben bis unten vollgepfropft mit Arbeitern, — alle wahnsinnigen Gegensätze liebe ich.“

Die Gewißheit, daß all das nicht für die Ewigkeit ist, erhöht nur meine Genußfähigkeit. Ich will alles, was das Leben bieten kann, an mich reißen, sofort und ohne Bedenken. Schon als Kind habe ich mir nie eine Freude für den nächsten Tag aufgehoben; immer dachte ich: vielleicht sterbe ich noch heute. Solange ich lebe, will ich ganz leben, ich brauche keine moralischen Mäntelchen, um meine Daseinsberechtigung zu bejahen.“

Herr Fish hat noch einmal den Versuch unternommen, aufzuspringen, aber er mußte merken, daß er einer Uebermacht ausgeliefert

war, die ihm jede Bewegungsfreiheit raubte. Mußte er seinen Plan verloren geben? Spielte Herr Strong mit ihm ein Katz- und Mauspiel? Er spricht sich Mut zu; nur nicht die Nerven verlieren. Ruhig Blut behalten, auf das dumme Gefasel dieser Kerle eingehen.

„Ein anderes Bild das hier, als das wir drüben hatten, hehe, ein anderes Schauspiel, ein anderer Tanz. Ja, ja, die Schützengräben waren ein gefährlicheres Pflaster.“

Um gefährliche Pflaster macht ihr große Bogen! Ihr aufgedunsenen Rohlinge, ihr habt euch wohl gehütet, nicht nur Verfolger, sondern auch Verfolgte zu sein. Herr Fish merkt, wie entmutigend es ist, sich feim besaitet und moralisch hochstehend neben Brutalen und Energischeren zu fühlen.

„Der Unterschied ist nicht so groß. Wir sehen hier nur die andere Seite, und so verführerisch es auch hier zugeht, man soll die Nasenflügel nicht allzusehr aufblasen, sonst könnte man die Faulnis der Ermordeten riechen.“

Herr Fishs Gesicht verfärbte sich. Er sieht aus, als mangle es ihm an Luft, als wüßte ihn jemand. Die beiden markieren Teilnahme, aber Herr Fish hört nur Spott aus ihren Worten.

„Nanu, Kamerad, beruhige dich mal. Du hast wohl seinerzeit einen Nervenschock erlitten und bist noch nicht ganz geheilt? Ja,

man muß vorsichtig sein, wenn man sich auf gefährliches Terrain begibt. Nun, willst du nicht doch unseren Schotten versuchen? Das würde dich auf andere Gedanken bringen.“

Zum Teufel auch, man muß die Nerven behalten. Gerade jetzt, da er sich besonders hilflos fühlt, sieht er wieder Marjorie, diesmal am Arm eines Modemalers, vorüberzogen. Sein Versuch, sie zu erreichen, scheidet kläglich an den zugreifenden Fäusten seiner Tischgenossen.

Aber Marjorie hat wieder sein auftauchendes Gesicht erblickt.

„Glauben Sie an Erscheinungen? Heute mittag geschieht etwas Seltsames mit mir. Ich erblicke zum zweitenmal einen Geist. Sollte es möglich sein, daß ich Gewissensbisse habe? Können Sie sich das vorstellen?“

„Nein! Ihr „Geist“ muß auf einem anderen Verbindungsweg als durch Ihr Gewissen heraufbeschworen worden sein. An Ihrem Hochzeitstage müßten überhaupt mehr „Geister“ vorwurfsvoll vor Ihnen erscheinen. Marjorie, Sie können noch umkehren. Glauben Sie mir, Sie begehen eine große Dummheit, wenn Sie Edgar Sedwick heiraten. Ich hätte für Sie passendere Ehemänner in Vorschlag bringen können.“

„Zum Beispiel sich, den großen Maler der großen Welt.“

„Gut, zum Beispiel mich. Sie könnten mit mir in Paris leben, alle großen Künstler der Welt, ein Leben, von dem Sie überhaupt noch nichts ahnen, kennenlernen.“

„Sie belibben zu scherzen. Sie kommen vorsichtigerweise ziemlich spät mit Ihrem Vorschlag. Aber Sie hätten auch früher nicht mehr Glück gehabt. Stellen Sie sich vor, wie man sich über eine Verbindung mit einem Künstler in der Gesellschaft aufgeregt hätte.“

„Sie geben etwas auf das Urteil der Gesellschaft?“

„Allerdings, wenn ich heirate, ja. Noch vor kurzem erschien mir ein Affront gegen die gute Gesellschaft geradezu amüsant. Aber ich habe herausgefunden, daß auch die schlechte mit der Zeit viel von ihrem Reiz einbüßt. Ja, sie kann ebenso langweilig werden wie die der anerkanntesten Blaubuchleute.“

„Sie sind wirklich liebenswürdig, Marjorie. Die größten Künstler der Welt erscheinen in Ihren Augen als schlechte Gesellschaft.“

„Ich habe überhaupt nicht an Ihre Künstler gedacht. Sie glauben doch übrigens nicht, daß es mich reizen würde, die größten Künstler der Welt kennenzulernen? Um Gottes willen, nur das nicht, ich finde sogar schon Edgar von seinem Golf zu sehr eingenommen. Doch wenn er davon spricht, verstehe ich wenigstens etwas. Aber über Bilder möchte ich wirklich nichts hören.“

„Ich sage Ihnen etwas, Marjorie: nie wird ein Künstler so von sich eingenommen sein, wie ein Sportsmann. Denn ein Künstler kann auch dann noch groß sein, wenn tausende andere Bedeutenderes leisten als er. Aber ein Golf- oder Tennisspieler, der besiegt wird, ist ein armseliger Dilettant. Der Läufer, der eine Zehntelsekunde später ans Ziel kommt als der erste, ist ein Nichts. Der beste Spieler wird Nationalheld, der zweite, der dritte, sind nur Staffage, ihr Tun Spielerei. Stellen Sie sich vor, wie ehrgeizig und besessenen Sportsleute werden müssen. Geben Sie zu, Marjorie, es gibt keine langweiligeren Menschen als ehrgeizige.“

„Wie schade, daß Sie mich erst so spät warnen, aber ich bin vollkommen zufrieden mit Edgar. Er sieht gut aus und wirkt in den illustrierten Blättern bedeutend besser als die größten Künstler.“

„Vor allem, er hat auch Geld.“

„Vor allem auch das.“

„Sie werden sich mit ihm sehr langweilen.“

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmt oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die prägesetzliche Verantwortung.

Zur Reichspräsidentenwahl

Diskussion notwendig!

Eine wichtige politische Entscheidung von außerordentlicher Tragweite für die Entwicklung und Formierung der Klasseneinheit steht unmittelbar bevor: Die Reichspräsidentenwahl.

Kaum je eine politische Aktion kann so zur Zusammenfassung und Sammlung des in verschiedenen Lagern stehenden Proletariats benutzt werden, als diese. Bedauerlich ist die voreilige und der notwendigen Sammlung der Arbeiterklasse wenig Rechnung tragende Nominierung Thälmanns durch die KPD. Das bedeutet aber nicht, daß wir auf dieses Unverständnis der KPD für die Organisation der tatsächlichen Einheitsfront mit gleichem Unverständnis antworten sollen.

Dies wäre aber der Fall, würden wir etwa mit einer Sonderkandidatur hervortreten, oder mit unklaren Parolen und Halbheiten in diesen für die Klasseneinheit so günstigen Kampf hineinziehen. Besonders die letztere angelegte Möglichkeit, zu der auch die in unsern Kreisen vielfach erörterte Parole: „Wählt einen Arbeiterkandidaten“ gehört, kann die gefährlichsten Folgen für unsere Bewegung, sowie für die Arbeiterklasse herbeiführen. Mit solchen unklaren Parolen ist nicht viel anzufangen, am wenigsten sind sie für die Herstellung der Klasseneinheit des Proletariats geeignet. Notwendig ist, daß wir uns über die Möglichkeit, die Einheitsfront durch Verhandlungen zwischen den Leitungen herbeizuführen, keine Illusionen machen. Die entscheidende Formierung der Einheitsfront wird und kann nur das Produkt der Kampfhandlungen selbst sein. Uns fällt die Aufgabe zu, dem Verlangen der Arbeiterschaft nach einheitlichen Kampfhandlungen die Wege zu ebnet und in den dafür günstigen Situationen zur Auslösung zu bringen. Eine hervorragend

günstige Situation ist nun die Reichspräsidentenwahl.

Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wollten wir, nach der absichtlich gewählten Taktik der KPD, bei der Kandidatenaufstellung uns schmolend beiseite stellen und das beleidigte Gretchen spielen. Oder haben wir etwa unsererseits erwartet, daß die Parteiapparate der KPD oder SPD nicht ihre Parteiinteressen bei jeder sich bietenden Gelegenheit in den Vordergrund stellen würden?

Es kommt hier darauf an, entschlossen und kühn die sich besonders in diesem Falle ergebende Gelegenheit, Proletariat der verschiedenen Parteirichtungen zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuführen, auszunützen.

Auch im Hinblick auf die SPD-Arbeiterschaft, die zum größten Teil nichts von Hindenburg wissen will, ist eine konsequente und aktive Haltung von unserer Seite unbedingt erforderlich. Andernfalls wird es der SPD-Führung leicht, mit dem Hinweis auf unsere unklare Haltung, ihrer Liebe zu Hindenburg einen Schein von Berechtigung zu geben.

Den diesen Gedankengängen gegenüber kritisch eingestellten Genossen sei gesagt, diese Stellungnahme bedeutet keineswegs, daß wir zum ausführenden Organ von Diktaten des Zentralkomitees der KPD werden. Der Erfolg wird und kann nur sein: Annäherung der in verschiedenen Lagern marschierenden Proletariat und Auflockerung der Parteigrenzen. Es dürfte dann selbst der KPD schwer fallen, ihrer Anhängerschaft das Bestehen einer Einheitsfront von Seydewitz bis Hitler plausibel zu machen. Also klare Parole für die Wahl Thälmanns als Kandidaten der Arbeiterklasse. Darüber hinaus aktives Handeln und Ausnützung der Situation für die Schaffung einer Klassenfront. **Otto Hensel, Sterkrade.**

Klacheit vor allem!

Im Anschluß an den Artikel „Wahrheit vor allem!“ in der Tribüne der SAZ vom 17. Januar will ich versuchen, das Resultat, zu dem der Genosse Frahm kommt, zu verbreitern, um so die Grundlage zu schaffen für eine Arbeit, die zu beginnen es jetzt allerhöchste Zeit ist. Und zwar handelt es sich, wie der Genosse Frahm sehr richtig ausführt, darum, dem Arbeiter das Vertrauen zu sich selbst, zu seiner eigenen Kraft zu geben, was nicht nur durch den Appell an die Einigkeit der Arbeiterklasse gesehen kann, sondern auch dadurch, daß man ihm sagt, was „nachher“ kommt.

Es besteht mit anderen Worten die dringende Notwendigkeit, die wirtschaftliche Seite einer in der Uebergangszeit zum Sozialismus stehenden Wirtschaft nach dem Zeitpunkt, den wir als Machtergreifung durch das Proletariat bezeichnen wollen, klarzustellen. Selbstverständlich ist auch die politische Seite, d. h. wie „regiert“, wie verwaltet, wie Recht gesprochen werden soll, und die sehr wichtige Frage der Machterhaltung, von außerordentlicher Bedeutung; aber es will mir scheinen, als ob diese politischen Fragen sich doch in weit größerem Maße nach den konkreten Tagesaufgaben richten können und daß sich hier eine evtl. notwendige Umstellung viel leichter bewerkstelligen lassen wird.

Ganz anders stehet es jedoch damit auf dem Wirtschaftsgebiet. Wenn man hier nicht in den großen Fehler verfallen soll, halbe Maßnahmen zu treffen, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß Order und Gegenorder einander aufheben und daß im Zickzackkurs von Wirtschaftsmaßnahmen die zu erreichenden wirtschaftlichen Erfolge illusorisch werden, so muß man von Anfang an die großen Linien, die es einzunutzen gilt, kennen und die zu treffenden Maßnahmen in den Rahmen eines Planes einordnen. Denn worum geht es letzten Endes bei dieser wirtschaftlichen Planung? Doch einzig und allein um den allmählichen Aufbau einer tatsächlich sozialistischen Wirtschaft. Daß sich zwischen die heutige kapitalistische und die am Endziele stehende sozialistische Wirtschaft eine Zeit des Ueberganges einschieben wird, ist selbstverständlich. Ebenso muß man aber auch erkennen, was es gerade für diese Uebergangszeit bedeuten würde, wenn nicht eine möglichst stetige Aufwärtsentwicklung der Gesamtwirtschaft gewährleistet werden kann, sondern wenn z. B. ein in Gang gebrachter Industriesaufbau wieder abgestoppt, ja abgebaut werden müßte. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir es in Deutschland mit einem Industrieland zu tun haben, und daß sich bei uns die Folgen einer Desorganisation weit schlimmer bemerkbar machen würden, als es etwa in Sowjet-Rußland der Fall gewesen ist.

Dazu kommt noch etwas anderes: Für die Uebernahme der Wirtschaftsfunktionen in einer sozialisierten Wirtschaft benötigen wir einer großen Zahl von Funktionären, welche, aus dem Proletariat stammend, einmal die technische Seite des Produktionsapparates beherrschen, zum anderen aber auch den Ueberblick über die Verflochtenheit der einzelnen Wirtschaftsvorgänge haben müssen. Diese Funktionäre zu schulen, ist eine weitere außerordentlich wichtige Notwendigkeit, da erst das Vorhandensein dieser Funktionäre die reibungslose Durchführung aller Maßnahmen gewährleistet. Wir erinnern an dieser Stelle an Rußland, dessen Parteiführerschaft zwar heute stolz darauf hinweist, daß dort der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ gelungen sei, was aber merkwürdig berührt, wenn wir an die umfangreichen Kredite, an die großen Auslandsaufträge mit dem als Kompensation dazu nötigen Export und schließlich auch an die immer noch steigende Anzahl von sogenannten Spezialisten, Ingenieuren, Architekten usw., sowie von qualifizierten Arbeitern, denken, die Rußland zum Aufbau seiner Industrie braucht, — alles Hilfsmittel aus den Ländern des westlichen Hochkapitalismus! Es ist hier natürlich ohne weiteres zuzugeben, daß auch für Deutschland die Fragen der Lösung aus der weltwirtschaftlichen Verflechtung, in der es heute steht, bei einer Sozialisierung nicht einfach sind, jedoch möge ein Hinweis darauf genügen, daß eine Zusammenarbeit mit Rußland hierbei zumindest als eine wesentliche Vereinfachung dieser Probleme angesehen werden kann.

Der Zweck dieser Zeilen ist, allen Schwierigkeiten zum Trotz die dringende Notwendigkeit herauszustellen, sich über die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Gegebenheiten des sozialistischen Aufbaues klar zu werden. Wir müssen doch bedenken, daß es sich einmal um die für den Kapitalismus nicht mehr lösbare Aufgabe handelt, die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern und allen in der Wirtschaft produktiv Tätigen ein gesichertes Maß von Nahrung, Kleidung und Unterkunftsöglichkeit zu schaffen, und daß zum anderen darüber hinaus noch die Aufgabe besteht, diese arbeitenden Menschen mit den wirklichen Gütern der Kultur zu versehen und sie durch Erziehung, durch Bildung usw. für diese Güter aufnahmefähig zu machen.

Es soll nun nicht etwa ein starres Schema der wirtschaftlichen Entwicklung aufgestellt werden, welches einzuhalten unbedingte Pflicht wäre, sondern ich kann mir sehr gut ein Nebeneinanderbestehen verschiedener Pläne und Lösungen denken, deren Verwirklichung abhängig ist von den später tatsächlich vorgefundenen Verhältnissen. Es müßte daher

eine Stelle geschaffen werden, die dazu dient, Material für das eben besprochene Ziel zu sammeln, die Genossen sämtlicher Arbeiterparteien, die auf diesem Gebiete etwas zu sagen haben, zu Worte kommen zu lassen, ihre Anregungen zur Diskussion zu stellen, Zahlenmaterial zu besorgen und zu verwerten. Es wäre schon ein Schritt vorwärts, wenn wenigstens über Organisation und Aufbau einer solchen Stelle eine Diskussion mit dem Ziele eines baldigen greifbaren Ergebnisses entstünde. Denn es kommt doch heute im politischen Kampfe mehr als je darauf an, nach außen hin die Ueberlegenheit der sozialisierten Wirtschaft zu begründen und der großen Masse zu zeigen, daß man nicht nur immer

vom und über den Sozialismus als einem Fernziel redet, sondern daß man die Beloge dafür beizubringen vermag, daß dieser Sozialismus tatsächlich der einzige Ausweg aus der Katastrophe der Gegenwart ist.

Daß nur der gottergebene Glauben an das Bestehende, „die verdamnte Bedürfnislosigkeit“ es sind, welche einer Aenderung der Verhältnisse vornehmlich im Wege stehen, und daß es Sache jedes einzelnen Proletariats ist, für seinen Teil mit zur Ueberwindung des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus beizutragen — und daß man ihm seinen Platz dabei schon heute anweisen kann, — darüber muß Klarheit herrschen!

Fritz Salomon.

Intellektuelle und proletarische Bewegung

Karl Marx lehrt uns: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ Also hinaus mit den Intellektuellen aus den proletarischen Parteien! Aber wie denn, waren nicht die Führer der Arbeiterklasse selbst Intellektuelle? Karl Liebknecht — ein Rechtsanwalt und Enkel einer Lehrer- und Pastorenfamilie, Engels — Fabrikantensohn, Lassalle — aus einem Kaufmannshaus, Lenin — Sohn eines Schulinspektors, und so ließe sich die Reihe endlos fortführen. Aber diesen Sinn soll das Marxzitat auch gar nicht haben. Nehmt alle Führer des Proletariats zusammen von Marx bis Lenin, und wenn sie noch einmal leben würden, sie würden die Arbeiterschaft nicht befreien können, wenn — ja wenn diese Arbeiter sich nicht unter ihrer Führung selbst ans Befreiungswerk machen werden. Aber abgesehen davon, unterscheiden sich die Genossen, die wir Intellektuelle nennen, weniger durch ihre augenblickliche Klassenlage als durch ihren Bildungsgang von der Masse der übrigen Mitglieder. Durch diesen Bildungsgang sind sie, gewollt oder ungewollt, ideologisch eng an die Bourgeoisie gebunden. Diese Bindung hat zur Folge, daß den sogenannten intellektuellen Genossen geistige Gefahren drohen in stärkerem Ausmaße als ihren Arbeiter-Genossen. Da auf Grund ihrer Vorbildung die Intellektuellen in der Presse einen größeren Raum einnehmen, als ihrer Zahl entspricht und somit Fehler, die diese Genossen in ihrem Denken begehen von Gefahren für sie selbst zu Gefahren für die Massen der Mitglieder werden, ist es nötig, sich mit den hauptsächlichsten Fehlerquellen einmal kurz auseinanderzusetzen.

Warum kommt der Intellektuelle zu einer proletarischen Partei? Zunächst die minderwertigste Gruppe: aus persönlichem Ehrgeiz mit dem Ziel, die Partei als Sprungbrett zu benutzen, oder aus Sensationslust, so wie sie zum Sechstagerennen gehen, wobei ihnen beides ein gleicher „fabelhaft interessanter“ Gesprächsstoff in der Gesellschaft ist. Das sind die Parteibuchsozialisten und Salonkommunisten. Mit denen sich auseinanderzusetzen, besteht keine Notwendigkeit. Die muß eine gesunde Partei selbst abschütteln können. Gefahr kann drohen von denen, die den guten Willen zur Mitarbeit haben. Denn ihr Wille ist ja nicht von ihnen lenkbar, er wurde gebildet durch ihre Schulung in der Umgebung bürgerlicher Gedankengänge und Lebensformen. So sind auch die ihnen drohenden Gefahren teils das Verharren im bürgerlichen Denken und teils, als Reaktion hierauf, eine ultrarevolutionäre Einstellung.

Ein großer Teil der Intellektuellen stößt zu den proletarischen Parteien aus Sympathie mit dem sozialistischen Endziel. Nicht einzig aber sind sie in der Beurteilung des Weges und in der Auffassung der Rolle der Arbeiterschaft bei der Umgestaltung der Gesellschaft. Obwohl sie sich immer wieder als Sozialisten bekennen, ohne übrigens damit zu heucheln, legen sie an alle theoretischen und praktischen Fragen innerhalb der Partei ihren alten bürgerlichen Maßstab an und kommen so zu freilich anderen Tagesforderungen und Analysen als der Marxist. Wir begrüßen in ihnen böse alte Bekannte aus dem kommunistischen Manifest. Dringendes Erfordernis für sie ist das gründliche Studium des Marxismus; aber, oh weh, gerade haben sie den Marxismus zur Hälfte verstanden, da verfallen sie schon in den nächsten, nicht minder gefährlichen Fehler. „Was für bürgerliche Narren waren wir“, sagen sie sich, „jetzt wollen wir einmal durch ein ganz radikales Denken schnell alles wieder gutmachen.“ Und nun stürzen sie sich in einen Wortradikalismus, der sie nichts kostet, der aber unter Umständen in der Praxis um Lebensunterhalt und Freiheit bringt.

Auf jeden Fall aber ist die Enttäuschung groß, wenn die Massen auf diese überradikalen Parolen nicht antworten, nicht antworten können, weil es nicht ihre Parolen sind. Die Schuld wird dann meist „der dummen Wählerschaft“ gegeben, anstatt sie in sich selbst zu suchen, anstatt sie zu finden in der Verkennung der ökonomischen und geistigen Situa-

tion der Bevölkerung. Für diese „Politiker“ sollte Lenin ein Vorbild sein, der es nicht verschmähte, in der kleinsten Mitgliederversammlung zu sprechen, und so den Kontakt sich sicherte, der erforderlich ist.

Wenn darum die Frage steht: wie sollen wir uns zu den Intellektuellen verhalten, muß die Antwort lauten: Keine theoretischen Konzeptionen, Verpflichtung der Intellektuellen zum Studium des Marxismus, Verpflichtung zur Parteiarbeit, speziell zur organisatorischen Kleinarbeit (Flugblattverbreitung, Versammlungsschutz etc.). Wird man diese Ratschläge befolgen, so werden beide Teile davon ihren Nutzen haben und so erst zu einer unlöslichen Einheit werden.

Auf dem Rost Der Pabst von Eden

Dieser Tage hat der Führer der österreichischen Heimwehren, der junge Starhemberg, aus dem alten Hause des Türkenlegers, Berlin mit seinem Besuche beehrt. Herr Starhemberg ist weniger dank seiner Fähigkeiten als des Namens halber der erklärte Chef der österreichischen Faschisten, und die Arbeiterschaft hat allen Grund, den fürstlichen Knaben als einen gefährlichen Feind der Klasse zu betrachten.

Starhemberg war, wie es seinem Rang entspricht, in Berlin im Hotel Adlon abgestiegen, und in den Räumen dieses feudalen Herberghauses war es, wo der österreichische Faschistengeneral seine internationalen Spießgesellen empfing, um mit ihnen Rats zu pflegen, wie die internationale Arbeiterschaft noch stärker in Fesseln zu schlagen sei.

Bei diesem Kriegsrat spielte eine der ersten Rollen der frühere preußische Major Waldemar Pabst, der jetzt in Berlin ein Informationsbüro für Herrn Mussolini unterhält. Vorher war Herr Pabst, der unter falschem Namen vor Jahren das Heimatrecht in Innsbruck erschlichen hatte, bekanntlich Stabschef der Heimwehren gewesen, bis selbst die gegen Faschisten besonders nachsichtige Polizei des Herrn Schober fand, daß Pabst des Guten zu viel tue. Da wies sie ihn aus, und Pabst flog zuerst zu seinem Gönner Mussolini, um nach einem kurzen Aufenthalt in dem gesegneten Verschwörernest München von der inzwischen für Deutschland angebrochenen Amnestie zu profitieren und seinen Wohnsitz nach Berlin zu verlegen.

Um es endlich zu sagen: Wir reden nämlich von dem „lieben Freunde“ des ersten deutschen Reichswehrministers Gustav Noack, von dem Pabst vom Eden-Hotel, dem Landsknechtsführer . . .

In den Januartagen des Jahres des Herrn 1919 hatte nämlich der Pabst die Stellung als Direktor des Eden-Hotels inne und er hielt scharfe Disziplin unter den Boys.

Aus der Mörderkloake ist er jetzt in feinere Regionen übersiedelt. Das Adlon ist gerade gut genug für ihn.

Pabst hat seinen Stellungswechsel vollzogen und wartet auf die Gelegenheit zu neuen Taten.

Der Pabst vom Eden, der ehemals die Heimwehren kommandierte — jene „Armee des Königs Christus“ — wie der Prälat Seipel sie getauft hat.

Arcanum.

Segen des Faschismus

Die Erwerbslosen in Italien beziehen zwölf Wochen hindurch 3,75 Lire (82 Pf.) täglich, dann gar nichts mehr — außer einer Suppe, die die faschistische Partei an die Aermaten verteilt. Die Wohnverhältnisse der Proletariat sind teilweise grauenhaft, Wohnhöhlen ohne Fenster sind keine Seltenheit. Die Löhne sind im Laufe von 1½ Jahren dreimal abgebaut worden, einmal um 8 Prozent, dann um 12 Prozent, schließlich nochmals um 8 Prozent, im ganzen also um 28 Prozent. Die Preise sind durch Zollerhöhungen gestiegen. So sieht das vielgepriesene faschistische „Paradies“ aus.

Jugendblatt der SAZ

SJV und proletarische Jugend

Nachdem wir in enger Kampfgenossenschaft mit den Genossen der SAP weithin sichtbar gegen die Tolerierungspolitik rebellierten und im Verlauf dieser Rebellion den SJV gründeten, haben wir jetzt begonnen, uns auf unsere eigentlichen Jugendaufgaben zu besinnen. Dafür zeugt u. a. ein Artikel in einer der letzten Jugendbeilagen der „SAZ“ vom Genossen August Siemsen. Darin wurde klar gezeigt, wie die proletarische Jugend vom heutigen Staat behandelt wird und was sie noch von diesem Staat zu erwarten hat. Hungerlohn, Schikanen im Betrieb, Wohnungsnot usw. oder gar Erwerbslosigkeit, vielfach sogar ohne jede Unterstützung — das ist ihr Dasein.

Die SAJ will dagegen nichts unternehmen, weil sie ja sonst — was der liebe Gott verhüten möge — den kranken Kapitalismus nicht gesund, sondern noch kranker machen könnte. Der KJVD möchte gern, kann aber nicht, wofür sich seine Mitglieder bei der Führung zu bedanken haben.

Damit ist der Platz angegeben, auf dem der SJV zu stehen hat. Er muß dieselbe Rolle spielen wie die oppositionelle Jugend in der Kriegszeit unter der kühnen Führung Karl Liebknechts deren heldenhafte Taten wir alljährlich gedenken. Wir als SJV erklären stolz: Der Kapitalismus wankt; stoßen wir kräftig zu, damit er ganz fällt! Aber stoßen können wir für unseren Teil nur dann, wenn wir die gesamte proletarische Jugend in den Kampf für ihre Forderungen führen. Diese Forderungen formulieren wir in einem bewußten und scharfen Gegensatz zu den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft.

Wirtschaftspolitische Forderungen:

1. Erhöhung der Löhne für Jugendliche und Lehrlinge auf das Existenzminimum, Herabsetzung der Lehrzeit auf 2 Jahre.
2. Für 6-Stundentag und 44stündige Sonntagsruhe. Verbot von Nacharbeit und Ueberstunden. Für 4 Wochen bezahlten Urlaub im Jahr.
3. Ersetzung der individuellen Lehrverträge durch Tarifverträge. Verbot der Entlassung von Lehrlingen bis ein Jahr nach vollendeter Lehrzeit.
4. Aktives und passives Wahlrecht für alle Jugendlichen und Lehrlinge zu den Betriebsräten. Wahl und gesetzliche Anerkennung von Jugendvertrauensleuten. Für Streikrecht der Jugendlichen.
5. Verletzung der Berufsschulstunden in die Arbeitszeit und deren volle Bezahlung. Selbstverwaltung der werktätigen Jugend in den Berufsschulen. Aufsicht durch die Gewerkschaften.
6. Ausreichende Unterstützung für alle jugendlichen Erwerbslosen für die ganze Zeit ihrer Erwerbslosigkeit. Freifahrt vom und zum Arbeitsnachweis.
7. Gegen Zwangsvermittlung der Jugendlichen durch die öffentlichen Arbeitsnachweise. Kontrolle dieser durch die Gewerkschaften.
8. Verbot jeder Art von Pflichtarbeit, Arbeitsdienst, zwangsweisen Sportdienststunden und dergleichen.
9. Unentgeltliche Bekleidung und Speisung der jugendlichen Erwerbslosen durch Gemeinden und Staat.
10. Verbot des Dinta-Instituts und aller ähnlichen Einrichtungen. Schaffung von nicht privaten Betriebsschulen für alle Jugendlichen unter Aufsicht der Gewerkschaften. Selbstverwaltung der Betriebsschulen durch die Jugendlichen.
11. Verbot jeglicher Kinderarbeit.

Kulturpolitische Forderungen:

1. Uneingeschränktes Versammlungs- und Vereinsrecht für Jugendliche und Lehrlinge.
2. Aufhebung aller Verbote von proletarischen Jugendorganisationen.
3. Aufhebung aller jugendfeindlichen und kulturreaktionären Gesetze (Lichtspielgesetz, Lustbarkeitsgesetz, Schmutz- und Schundgesetz).
4. Verbot jeglicher Prügel- und Arreststrafen.
5. Für Gewährung von Fahrpreisermäßigung, Schulräumen, Jugendheimen, Spiel- und Sportplätzen und anderen Vergünstigungen für alle proletarischen Jugendorganisationen.
6. Verbot des Religionsunterrichtes in den Schulen, gegen die Einführung des Religionsunterrichtes in den Berufsschulen, für Aufhebung des Anstellungsverbotens von Freidenker-Lehrern, für Weltlichkeit und Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens. Verbot aller Privatschulen.
7. Lehr- und Lernmittelfreiheit für Minderbemittelte in Schule und Universität. Mitwirkung der Schülerräte bei der Gestaltung des Lehrplans und Schulbetriebs; gesetzliche Anerkennung der Schülerräte.
8. Verbot von nationalistischen Feiern an den Schulen, gegen die militaristische Propaganda und die nationalistische Verletzung.
9. Kontrolle der Fürsorgeanstalten durch Vertreter von proletarischen Jugendorga-

nisationen. Gegen Zuschüsse an die private Jugendpflege und -fürsorge aus öffentlichen Mitteln. Beseitigung der Fürsorgeerziehung und Schaffung von Heimen für körperlich und geistig gefährdete oder erkrankte Jugendliche unter Aufsicht von proletarischen Jugendorganisationen.

10. Für die Wahl von Beisitzern zu den Jugendgerichten durch die freien Gewerkschaften. Für Heraussetzung des Strafmündigkeitsalters.
11. Gegen die Bewilligung von öffentlichen Mitteln für Geistliche bei Strafvollzug und in Krankenhäusern.

Wenn die Kapitalisten erklären, die Forderungen der proletarischen Jugend seien für die „Wirtschaft“ untragbar, dann erwidern wir voller Trotz: Jawohl, unsere Forderungen sind euren Profiten nicht zuträglich, sind für die kapitalistische Wirtschaft untragbar. Aber uns ist die kapitalistische Wirtschaft untragbar. Ihr Kapitalisten opfert die proletarische Jugend euren Profiten — und nicht nur die proletarische Jugend —, wir wollen eure Profite den Interessen der proletarischen Jugend opfern.

Die SAJ fordert die Kontrolle der Kapitalisten durch den Staat, d. h. die Kontrolle von Kapitalisten durch andere Kapitalisten. Wir wissen, was wir von solcher Art „Kontrolle“ zu halten haben. Deshalb proklamieren wir die Arbeiterkontrolle der Produktion. Der Kampf um die Verwirklichung dieser Losung ist der Uebergang vom Kampf um die Tagesinteressen der Arbeiterschaft zum Endkampf. Diese Losung, die Arbeiterkontrolle der Produktion, ist eine Losung der gesamten Arbeiterschaft. Somit sind wir wieder zu dem Ausgangspunkt unserer Bewegung als SJV, dem Kampf für die Interessen der Gesamtarbeiterbewegung, zurückgekehrt.

Aber wir kehren zu diesem Ausgangspunkt zurück mit der Erkenntnis der Notwendigkeit des Kampfes um unsere besonderen Jugendforderungen. Diese Aufgabe fordert von uns Klarheit über das strategische Ziel unseres Kampfes. Es ist klar, den Kampf um die Tagesforderungen führen, ohne den Willen zu haben, die heutige Gesellschaftsordnung zu sprengen, würde weiter nichts als ein historisch verspätetes und dabei noch unmögliches Reformprogramm bedeuten. Wir würden dadurch verdienter Lächerlichkeit anheimfallen. Unser strategisches Ziel muß sein: die proletarische Revolution. Darauf müssen wir auch den Kampf der proletarischen Jugend ausrichten.

Wir müssen einen fast fanatischen Willen zur Macht haben, zur Diktatur gegen die, die heute nur ausbeuten und unterdrücken, die heute diktieren. Nur unter dem Schutze einer solchen Diktatur wird die Arbeiterklasse den Aufbau des Sozialismus erfolgreich durchsetzen können. Nur unter einem solchen Schutze wird die proletarische Jugend Freiheit und Entwicklungsmöglichkeiten haben. Es ist klar, daß die Diktatur des Proletariats nicht mit Hilfe des bürgerlichen Staatsapparates ausgeübt werden kann. Hierzu muß sich die Arbeiterschaft einen eigenen Staatsapparat auf der Grundlage der Räte schaffen.

Stellen wir uns so bewußt auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes und führen wir die proletarische Jugend zum einheitlichen Kampf zusammen, so wird der herbeigeführte Aufschwung der proletarischen Jugendbewegung unser unbestreitbares Verdienst sein, welches kommende Generationen als heldenhafte Taten in schwerster Zeit rühmen werden.

Eine schönere Erfüllung unseres Lebens kann es nicht geben.

Hebericus, Breslau.

★

Eine andere Meinung

Innerhalb der SAJ stand der Kampf um die Jugendschutzforderungen an vorderster Stelle der Jugendarbeit. Der Kampf um die Jugend wurde im wesentlichen geführt mit den Anpreisungen des aufgestellten Jugendschutzprogramms. Mit der Durchführung der Forderungen betraute man die Sozialdemokratische Partei, die in den Gemeinden-, Länder- und Reichsparlamenten diesbezügliche Anträge zu stellen hatten. Den Kampf um die Durchführung der Jugendschutzforderungen betrachtete man in der SAJ nicht als eine Frage der Agitation, sondern als ein Hauptaufgabengebiet. Als Hauptaufgabengebiet deshalb, weil ja die SAJ mehr und mehr zu einer reformistischen Jugendbewegung wurde und als solche den Standpunkt vertrat, daß, je mehr und lauter die Jugend ihre Forderungen erschallen läßt, die kapitalistische Republik sich zu Reformen bereit erklären werde. Diese reformistische Auffassung mußte zu der Illusion führen, als ob der kapitalistische Staat mit seinem Glorienschein der Demokratie ein Interesse an der Gesundheit der proletarischen Jugend besitzen würde, und als ob es nur von der Stärke der Sozialdemokratischen Partei

in den verschiedenen Parlamenten abhängig wäre, die Forderungen Wirklichkeit werden zu lassen.

Der Sozialistische Jugendverband muß gerade deshalb, weil er sich in den Punkten Stellung der proletarischen Jugend zu Staat und Republik und zu der Funktion der Parlamente grundsätzlich von der Anschauung der SAJ unterscheidet, auch in seinem Programm eindeutig und klar hervorheben, daß Forderungen, die auf eine wirtschaftliche Besserstellung der Jugendlichen im kapitalistischen System hinielen, eine Illusion be-

Der Rote Pionier ist eure Waffe!

deuten, und daß Forderungen dieser Art vom Kampf um den Sozialismus ablenken. Der Kapitalismus wird sich nie dazu hergeben, daß der proletarischen Jugend „genügend Freizeit“ eingeräumt wird, damit sie sich in dieser Freizeit ideologisch vorbereiten kann auf den Sturz des Kapitalismus. Die Jahre nach der Revolution zeigten deutlich, daß die damals verfassungsmäßig festgelegten Rechte der Jugend nie durchgeführt worden sind, daß die sogenannten „Errungenschaften“ stark verringert und zum allergrößten Teil gänzlich abgeschafft wurden. Trotz sozialdemokratischer Reden im Parlament, trotz Republik und Verfassung!

Von vornherein muß daher der proletarischen Jugend die Illusion genommen werden, daß, selbst bei einer noch stärkeren Vertretung der Arbeiterparteien im Parlament, die Jugendschutzforderungen der SAJ und der Gewerkschaften, solange das kapitalistische System regiert, auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg haben werden. Wir haben der proletarischen Jugend zu sagen, daß alle Reformen nur eine Verlängerung der Lebensdauer des Kapitalismus bedeuten, und daß sie erst dann vor Ausbeutung geschützt werden kann, wenn das kapitalistische System gestürzt und das Proletariat die Macht erobert hat. Der Sozialistische Jugendverband wird daher als erstes betrachten, seine Mitglieder im Sinne des revolutionären Sozialismus zu erziehen, und demzufolge die Aufstellung eines besonderen Jugendschutzprogramms ablehnen müssen. Nur so wird es uns gelingen, die reformistischen Illusionen in den Köpfen der jungen Arbeiter zu zerstören.

Alfred Lantzsch, Freital.

Ein Junge erzählt seiner Mutter

Von Fred Wegner

Als Walter zu seiner Mutter in die Wohnung tritt, wartet sie bereits auf ihn. Sie will wissen, wie es ihm geht.

Walter sagt: „Ach, mir geht's gut.“

Er gibt ihr einen Apfel, den er irgendwo geschenkt erhielt, setzt sich zu ihr auf die Matratze, die vorgerichtet ein Chaiselongue darstellt, und sieht sie eine Weile von der Seite an.

Dann sagt er: „Mutter, ich will dir einmal aus meinem Leben erzählen. Ich hatte schon immer das Bedürfnis, dir zu beichten.“

Er lacht leicht auf.

„Ja, ich will dir einmal beichten. Ich will dir erzählen, was ich erlebte. Vielleicht verstehst du dann, warum ich meinen Weg nicht mit Vater gehe.“

Frau Busch lauscht begierig auf jedes seiner Worte. Macht Walter eine kleine Pause, dann wartet sie ungeduldig auf die Fortsetzung seiner Erzählung. Mitunter setzt sie auch ihre Brille ab, als würde sie dann das, von dem Walter gerade spricht, besser begreifen und deutlich vor Augen sehen.

„Während des Krieges habe ich selten an Vater gedacht. Du warst um mich. Du, Mutter, sorgtest dich, mühtest dich für mich ab. Als der Krieg zu Ende war, war Vater mir fremd. Dann verlor ich jeden Glauben an ihn, weil ich sah, wie er mit dir zankte, wie er dir Schläge androhte, wie er dann von mir verlangte, was er selbst nicht tat.“

Ich kam in die Lehre. In der Maschinenbau AG. war die richtige Lehrlingschinderei. Ich fühlte mich oft einsam. Mir dir oder gar mit Vater darüber zu sprechen, hatte ich keinen Mut. Ich dachte, ihr würdet mir sowieso nicht helfen, würdet mich nicht verstehen. Manchmal wollte ich ausreißen, wollte einfach von Hause und aus der Lehre abrücken. Ich kam zur Jugendbewegung, fand Freunde, die nicht nur Leidensgefährten, sondern auch Kameraden waren. Hier fühlte ich mich wohl. An den freien Sonntagen erlebten wir, Jungen und Mädels gemeinsam, unsere Jugend. Du weißt, oft ging ich bereits Sonnabend nachmittags weg. Ihr habt oft geschimpft. Auch kam ich selten abends zeitig genug heim. Ich hatte kein rechtes Daheim mehr, nur in der Bewegung fühlte ich mich wohl.“

Walter unterbricht sich selbst.

„Mutter“, sagt er, „ich erzähle dies nicht, um dich zu kränken. Ich weiß, daß dir das wehe tut, aber es muß ausgesprochen werden. Nur wenn du alles weißt, wirst du mich ganz verstehen können.“

Frau Busch nickt: „Gewiß! Gewiß! Erzähl nur weiter!“

Tränen sind ihr nahe. Da spricht Walter schnell weiter.

„Als ich auslernte, wurde ich arbeitslos. Vater verstand das nicht. Ihr dachtet, ich wollte nicht arbeiten. Nach dreivierteljähriger Arbeitslosigkeit fand ich Arbeit in der Glas-schleiferei. Da habe ich gut verdient. Ich kaufte mir das Nötigste, das ich brauchte: Kleider, Schuhe, ein Bett, einen Bücherschrank. Ich wollte mich aber auch einmal ausleben, hatte ich doch von meiner Jugend noch nichts gehabt. Ich wollte nicht wüsten, aber ging öfter ins Kino oder Theater. Das war eine Zeit sozusagen ungestörten Glücks.“

Nun bin ich bereits zwei Jahre wieder ohne Arbeit. Ich mußte euch wieder auf der Tasche liegen, war abhängig von euch und brachte es nicht übers Herz, euch um ein paar Pfennige Taschengeld zu bitten. Ein halbes Jahr rannte ich beinahe jeden Tag nach Arbeit, klopfte immer vergeblich an die Fabrikpforten. In mir wuchs ein unsagbarer Haß gegen die Welt — und gegen die Menschen. Ich konnte mein Unglück nicht begreifen, glaubte, ich allein nur müsse unter der Not leiden. Doch die Bewegung hielt mich aufrecht. Ich lernte die Gesellschaft begreifen und weiß heute, daß die Arbeiterklasse eines Tages ihre Qualen, die Qualen der Ausgebeuteten, beenden wird.“

Walter schweigt. Die Mutter sieht ihm ins Gesicht. Ja — denkt sie —, der Junge sieht schlecht aus. Er muß viel gelitten haben. Sicher erzählt er nicht alles Leid, das ihn in diesen Jahren gequält hat.

Aber sie will ihn nicht unterbrechen. Walter steht auf, lehnt sich ans Fenster und sagt dann mit ruhiger Stimme:

„Ich bin einer jener Hunderttausende, die aus einer minderleistungsfähigen Schule, der Kriegsschule in Arbeit oder Erwerbslosigkeit gestoßen wurden. Den großen Weltkrieg erlebte ich als den Krieg der Frauen und Kinder

um die nackte Existenz. Kohlrüben und Dörrgemüse waren das tägliche Mittagessen, Kartoffelflocken das Früh- und Abendbrot. Mühevoll heimarbeitend und stundenlanges Anstehen vor leeren Läden war unser „Dienst am Vaterland“. Dann wuchsen wir in eine Zeit gewaltiger Umstürze hinein, begriffen nur halb, daß eine Welt wankte. Dem Entzücken und Glauben erster erwachender Jugendlichkeit in einer Zeit proletarischer Aktivität und Offensive folgten die Enttäuschungen des kapitalistischen Wiederaufbaues und der proletarischen Resignation.“

Walter ist es, als er dies alles sagt, als müsse er vor vielen tausend Menschen in einem riesenhaften Saal sprechen. Als müsse er ihnen von seinem, von ihrem Leid erzählen, und als müsse er sie aufrütteln zum Kampf für die Arbeiterklasse.

Er besinnt sich nicht lange. Die Worte brechen hastig hervor; er hat sie längst erlebt und durchdacht.

„In dieser Zeit, in der wir Jungen Lehrlinge waren, in der wir uns bereits arbeitslos auf den Vorstadtstraßen umherdrückten, in der wir als Ungelernte an der dreckigsten, billigsten Arbeit schufteten, in dieser Zeit wuchs unser politisches, unser gesellschaftliches Bewußtsein in uns. Und das, was ich von mir erzählt habe, das ist unsere Jugend! Anders als eure, anders als deine!“

„Ihr, Mutter, seid eben andere Menschen, als wir es in unserer Jugend waren“, wendet Frau Busch zögernd ein.

„Und doch, Mutter, wir kämpfen nur für das, das ihr Alten schon längst ersehnt.“

„Aber“, meint sie, „ich habe nichts dafür getan.“

Ein wenig Neid klingt aus ihren Worten. Walter fühlt das.

Trotzdem sagt er: „Ja, Mutter, wir sind die Jungen, wir tragen die noch gesenkten roten Fahnen voran, die wir im Sturm entrollen werden!“

Frau Busch versteht nicht alles, was Walter sagt. Noch nie hat sie von ihm solche Worte gehört.

Darum sagt sie auch nur: „Junge, wenn die heutige Jugend so denkt wie du, dann werden es eure Kinder schon besser haben als ihr und wir. — Ja, sie werden es besser haben, besser, als wir es hatten.“

Frau Busch ist in Gedanken versunken. Sie merkt nicht, daß sie behutsam Hand leicht über ihr Haar streicht.

Dortmund

Wo bleibt der Preisabbau für Gas und Strom?

Alle vom Lohnabbau Betroffenen verstehen und man zu beruhigen durch einen marktschreiend verkündeten großen Preisabbau. Abgesehen von einigen Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs ist der Abbau ausgeblieben. Am wenigstens hat man bis jetzt davon gehört, daß die Gemeinden der Forderung nach Abbau nachkommen. Die Stadt Köln erhöhte nach Bekanntgabe der 4. Notverordnung die Mieten für ihre Siedlungshäuser im Volkspark von 30 RM auf 33 RM. Falls der Mietaufschlag für Dezember bis zum 15. Dezember nicht bezahlt werde, erfolge zwangsweise Eintreibung. Am 1. Januar wurde die Miete lt. Notverordnung von 33 RM um 10 Prozent auf 29,70 RM gesenkt. Also wurde die Miete großzügig um 1 Prozent abgebaut.

Die Gemeinden als Eigentümer der Strom- und Gaswerke sollten, vom Preiskommissar Dr. Goerdeler aufgefordert, sich bis zum 10. Januar zu einer Senkung der Werkstarife äußern. Einer ehrlichen Aussprache hätte man entnehmen können, daß eine Senkung infolge der schlechten Finanzlage der Gemeinden nicht erfolgen könne. Die größte Rolle spielt die jeweilige Finanzlage der Gemeinde. Die Erklärungen der Gemeinden beruhen meist auf der Ausrede, daß z. B. der Gaspreis nicht von der Kohle und den Löhnen allein beeinflusst werde. Die Preise für die gewonnenen Nebenprodukte seien ebenfalls gesenkt worden. Die Senkung beträgt sage und schreibe einen Pfennig. Der Preiskommissar hat also einen großen Erfolg zu verbuchen. Eine Sache für sich sind die Zähler- und Messermieten. Daß der Verbraucher den 4- bis 18fachen Betrag von den Herstellungskosten des Zählers abzahlen muß — nur für die Benutzung — ist haarsträubend. So ein Strom- oder Gasmesser kostet den Werken der Größe entsprechend 15—30 RM. Die Miete dafür beträgt 0,50 bis 1,— RM, für kleinere und 1,50 bis 4,50 RM für größere Zähler. Im Gebrauch ist so ein Zähler bis zu 10 Jahren. Bei einer Miete von 50 Pfg. für den kleinsten Messer wäre er in 2½ Jahren bezahlt. Bei einer Haltbarkeitsdauer von 10 Jahren wird er 4 mal bezahlt, ohne daß man das Eigentumsrecht erwirbt. Nehmen wir für den größten Messer eine Haltbarkeitsdauer von 10 Jahren, so bringt derselbe in dieser Zeit 540 RM Miete ein, also den 18fachen Anschaffungspreis.

Ahlen

Saboteure der Einheit. Auf Grund einer vorherigen Besprechung hatten die SAP und KP-O am Donnerstagabend die KPD, SPD, BAV und den EVBD zu einer gemeinsamen Besprechung zwecks Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Faschismus eingeladen. Sämtliche Organisationen waren erschienen. Nachdem durch unseren Genossen Freischläger auf die Notwendigkeit eines Zusammengehens aller proletarischen Kräfte in der Abwehr des Faschismus hingewiesen war, entstand eine rege Diskussion. Einmütigkeit bestand bei allen Anwesenden bezüglich Schaffung einer Einheitsfront. Obwohl der Vertreter der SPD zuerst die „Eiserne Front“ als das Ideal hinstellte, kamen ihm später, nachdem diese „Front“ von der richtigen Seite beleuchtet wurde, Gewissensbisse über die Zweckmäßigkeit einer „Front“, die von der Konterrevolution durchsetzt ist. Selbst der sozialdemokratische Stadtverordnete und Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes, Genosse Thiemann, erklärte, daß ihm eine proletarische Einheitsfront sympathischer sei und forderte diese auf breiter Grundlage. Eine „rühmliche“ Ausnahme in der Beurteilung einer überparteilichen Abwehrfront machten die Vertreter der KPD und des EVBD. Die Reden der Genossen Mattern und Bongarth waren auf den Ton der kommunistischen Presse in der Stellung zu anderen proletarischen Organisationen eingestellt. Aber erst leuchtete trat das Verhängnisvolle der KPD-„Linie“ in Erscheinung, als die Vertreter der KPD gegen die folgende Entscheidung stimmten, während sich der Vertreter der SPD der Stimme enthielt:

„Nach der heute im Lokale Röhling stattgefundenen gemeinsamen Sitzung der SAP, KP-O, SPD, KPD, BAV und EVBD finden sich die Vertreter dieser Parteien zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront bereit. Die Versammlung sieht in den Aktionen der Brüningregierung gegen das Proletariat den sich entwickelnden legalen Faschismus, der nicht durch Tolerierung dieses Systems abgewehrt werden kann. Die Versammlung hält die Bildung einer proletarischen Einheitsfront mit folgendem Programm für durchaus möglich: 1. Bildung eines überparteilichen Karrells, welches mit folgender Losung an die Massen tritt: a) Sturz der Brüning-Regierung. b) Fort mit den Notverordnungen. c) Organisation überparteilicher Klassenwehren zum Schutz des proletarischen Eigentums. d) Schutz der Sowjetunion.“ — Diese Entscheidung wurde von den Vertretern der SAP, KP-O, des Bergarbeiterverbandes und mit den Stimmen zweier anwesender KPD-Mitglieder (die sich die Einstellung der KPD-funktionäre nicht zu eigen machten) angenommen.

Groß-Hürth

Was Einigkeit vermag. Die Freie Wasserportvereinigung, vor zwei Jahren gegründet, hielt am vergangenen Mittwoch ihre sehr gut besuchte Jahresgeneralversammlung ab. Aus den Berichten des Vorstands ging hervor, daß der junge Verein trotz der Krise gut und fest undert dasteht. Die FWV hat allen Anforderungen der Reaktion und insbesondere des Klusers standgehalten. Der Mitgliederstand konnte gehalten werden, und es ist in der Kinderabteilung ein steter Aufschwung zu verzeichnen. Die Kassenverhältnisse sind eben-

Immer rin in die „Eiserne“

Die freie Gewerkschaftsjugend Marten, welche nichts anderes ist als ein kleiner Gesellschaftsclub der bekannten „Ostermänner“ und ein Ableger der SPD, hatte zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Man hatte sich den zur Disposition gestellten Landrat Hausmann aus Hattingen verschrieben, der über das Thema: „Wie steht die Justiz zur deutschen Republik“ referieren sollte. Wir begreifen nicht, wie eine staatsbejahende Partei wie die SPD die Justiz noch kritisieren will. Sollte etwa das Urteil vom Düsseldorfer Beleidigungsprozeß daran schuld sein? Jahrelang hat man geschwiegen, wenn es galt, einen Kommunisten oder radikalen Pazifisten zu verurteilen. Als zweiten Referenten hatte man sich den „fliegenden Holländer“, Polizeikommissar Leinberger, welcher bei der Martener Bevölkerung ja in ruhmreicher Erinnerung steht, geholt. Ein Reichsbannermann, der die Versammlung leitete, droht gleich bei Eröffnung von seinem Hausrecht ausgiebigen Gebrauch zu machen, und jeden „unflätigen“ Zwischenrufer ohne Unterschied an die Luft zu setzen. Er hat sich jämmerlich blamiert. Während der Diskussionsrede zweier kommunistischer Genossen lobten die „Jünger Heilmanns“: Wissenbach (Stadtverordneter), Wolbold, (Pol.-Beamter), Bogdam und der Reichsbannermann Klostermann. Ueber der Bühne prangte ein Spruch in rosaroten Lettern: „Wir wollen, daß die Arbeit Freude werde“. Unsere Genossen wollten den Spruch lauten lassen, der Zeit entsprechend: „Wir wollen Arbeit, daß Freude werde“.

Als erster Redner sprach „Jupp“ über das Thema: „Warum schützen die Gewerkschaften die Republik?“ Es ruft ein Versammlungsmitglied zur Geschäftsordnung, es wurde ihm natürlich nicht das Wort erteilt. Der Teilnehmer wollte nämlich das Thema anders gesetzt wissen und zwar: „Warum schützen wir im Verein mit Brüning und Groener den Artikel 48?“ Einen Ausspruch vom Redner möchten wir zitieren: Was wäre die deutsche Republik, wenn wir Arbeiter auch nur einmal einig wären, wo wäre der Faschismus, wenn

falls gut, trotzdem allein an Bäderrmiete etwa 1500 RM an die Gemeinde gezahlt werden müßten. Ueber 200 Nichtschwimmer wurden im Schwimmen unterrichtet. Zwei Schwimmfeste wurden in überfüllter Halle abgehalten. Ferner wurden Rettungsschwimmer ausgebildet, auswärtige Schwimmfeste besucht usw. Alles in allem zeigt die FWV Groß-Hürth, daß eine Vereinigung, wenn sie geschlossen und einig ihrem Ziel zustrebt, viel erreichen kann. Der Vorstand und die Mitglieder haben trotz ihrer verschiedenen parteipolitischen Anschauungen gemeinsam gegen die Gegner angeköpft und dem Arbeitersport in unserer Großgemeinde Achtung und Anerkennung verschafft. Das bewies auch die Vorstandswahl, wobei der Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde, trotzdem einige Parteifanatiker vor der Generalversammlung Bedenken hatten, daß ein SAP-Genosse Vorsitzender ihres Vereins sein sollte. Es ist erfreulich, daß diese Fanatiker kein Gehör fanden und die Mitgliederversammlung einstimmig der Auffassung war, unbeschadet der Parteizugehörigkeit wie bisher gemeinsam für den Aufstieg und die Verbreitung des Arbeitersports zu arbeiten.

Mainz

L. L. L.-Feier der R. H. und der KPD. Am 28. Januar fand im großen Saal der Stadthalle eine gutbesuchte L. L. L.-Gedächtnisfeier der hiesigen R. H.- und KPD-Ortsgruppen statt. Den unterhaltenden Teil bestanden eine Spielgruppe des Arbeiter-Theaterbundes, der Arbeiter-Gesangverein Finthen sowie zwei Antifa-Kapellen. Aus diesem Programmteil sei lediglich das Zeitbild, das in Anlehnung an die letzten Vorkommnisse der sogenannten „Matrosenmeuterei“ den kapitalistischen Zweck der veralteten Seemannsordnung charakterisierte. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Rede des Genossen Neubecker, der in einem Rückblick auf die politischen Ereignisse der toten Führer des Proletariats gedachte. Sie gipfelte in der Aufforderung, der Führer der proletarischen Revolution am besten dadurch ehrend zu gedenken, daß wir das Werk der Revolution, die Befreiung der Arbeiterklasse und den Aufbau des Sozialismus bald zum Siege führen. Doch wenn Genosse Neubecker für seine Partei als Privileg in Anspruch nahm, daß diese allein die Strategie und Taktik in ihrem politischen Handeln zum Sturz der Bourgeoisie verkörpere, so dürfte er uns den Beweis hierfür schuldig bleiben. Besser wäre es gewesen, Genosse Neubecker hätte sich in dieser Frage von dem (auch KPD-) Genossen, der nach ihm für die Rote Hilfe sprach und die Klassensolidarität über den Selbstzweck der Partei stellte, belehren lassen. Wenn diese Ansicht ideologisches Allgemeinut aller anwesenden Genossen geworden ist, hat die Kundgebung ihren Zweck erfüllt.

Osnabrück

Burgdorf macht faule Witze. In einem Bericht der „Freien Presse“ über eine Versammlung des Eisenbahnerverbandes macht sich der geüßerte Ilex über unsern Genossen Hellmann in einer Art und Weise lustig, die jedem anständig denkenden Genossen die Schamröte ins Gesicht treiben muß. Der Redakteur des SPD-Blattes bringt es da fertig, einen Klassengenossen in der Diskussion nach dem Referat als Hellscher zu veräppeln, nur weil er anderer Meinung war als die Führer der SPD, nur weil er darauf hinwies, daß die augenblickliche kapita-

listische Krise, wie vorauszusehen war, zu einer unerträglichen Verelendung der Massen hat führen müssen, daß es darum zum Schaden der Arbeiterklasse führen müsse, die Regierung Brüning mit all ihren Notverordnungen zu tolerieren, wie es die SPD tut. Genosse Burgdorf pflaumt in eine Art, die zeigt, daß er nicht einen Funken politischen Anstand besitzt. Er meint, daß der „Hellscher“ zu spät gekommen sei, daß er schon lange vorher die Massen hätte darauf hinweisen sollen; aber es sei Absicht dieser Hellscher — gemeint ist die SAP —, mit der Verzapfung ihrer Weisheiten zu spät zu kommen, usw. Wir müssen dem verantwortlichen Redakteur des offiziellen SPD-Blattes darauf antworten, daß Genosse Anton Hellmann bereits vor 10 Jahren immer wieder auf die Gefahren der reformistischen Politik der SPD und des Eisenbahnerverbandes aufmerksam gemacht hat, daß man ihn jedoch damals schon verlacht und verhöhnt hat, und zwar in einer Art und Weise, die ihn so verärgerte, daß er sich aus dem politischen Leben zurückzog. Damals war Burgdorf noch bei der erzkatholischen, kapitalfreundlichen Zentrums-SPD; er ist erst vor wenigen Jahren zur SPD gekommen, und zwar als Redakteur. Wie wenig sich der Zentrumsmann in einen Marxisten verwandelt hat, zeigt seine wenig anständige Art, durch faule Witze sachliche Argumente mit einer Handbewegung zu erledigen. Wenn die SPD, nachdem sie so lange zu unserer Arbeit geschwiegen hat, auf diese Art eine Auseinandersetzung zu führen gedenkt, dann müssen wir uns höchstens bedanken. Diesen spießbürgerlichen Kaffeeklatschstil müssen wir angesichts der immer weiter sich zuspitzenden Verelendung der Massen entschieden ablehnen.

Neue Methoden werden von der SPD jeden Tag erfunden: Man läßt 2 Referenten je 1½ Stunden sprechen, für die Diskussion blieb dann noch ½ Stunde. 5—6 Diskussionsredner müssen sich in ½ Stunde teilen. So würgt man die Diskussion ab. Alle diese Methoden führt der hier in Marten unter dem Namen „Stinksack“ bekannte Reichsbannermann neu ein. Wie wir erfahren haben, hat dieser für seine Verdienste von der Filialleitung 5 Biermarken erhalten. In einer Freidenker-Versammlung sagte dieser Mensch wörtlich: Marx, Liebknecht, Luxemburg und Lenin seien politische „Stinksäcke“. SPD-Genossen! Reichsbannerkameraden! solchem Menschen lauft ihr nach. Unsere öffentlichen Versammlungen sucht man dadurch zu diskreditieren, daß man Parallelversammlungen abhält. Es nutzt ihnen nichts! Wir schreiten voran, trotz alledem!

lische Krise, wie vorauszusehen war, zu einer unerträglichen Verelendung der Massen hat führen müssen, daß es darum zum Schaden der Arbeiterklasse führen müsse, die Regierung Brüning mit all ihren Notverordnungen zu tolerieren, wie es die SPD tut. Genosse Burgdorf pflaumt in eine Art, die zeigt, daß er nicht einen Funken politischen Anstand besitzt. Er meint, daß der „Hellscher“ zu spät gekommen sei, daß er schon lange vorher die Massen hätte darauf hinweisen sollen; aber es sei Absicht dieser Hellscher — gemeint ist die SAP —, mit der Verzapfung ihrer Weisheiten zu spät zu kommen, usw. Wir müssen dem verantwortlichen Redakteur des offiziellen SPD-Blattes darauf antworten, daß Genosse Anton Hellmann bereits vor 10 Jahren immer wieder auf die Gefahren der reformistischen Politik der SPD und des Eisenbahnerverbandes aufmerksam gemacht hat, daß man ihn jedoch damals schon verlacht und verhöhnt hat, und zwar in einer Art und Weise, die ihn so verärgerte, daß er sich aus dem politischen Leben zurückzog. Damals war Burgdorf noch bei der erzkatholischen, kapitalfreundlichen Zentrums-SPD; er ist erst vor wenigen Jahren zur SPD gekommen, und zwar als Redakteur. Wie wenig sich der Zentrumsmann in einen Marxisten verwandelt hat, zeigt seine wenig anständige Art, durch faule Witze sachliche Argumente mit einer Handbewegung zu erledigen. Wenn die SPD, nachdem sie so lange zu unserer Arbeit geschwiegen hat, auf diese Art eine Auseinandersetzung zu führen gedenkt, dann müssen wir uns höchstens bedanken. Diesen spießbürgerlichen Kaffeeklatschstil müssen wir angesichts der immer weiter sich zuspitzenden Verelendung der Massen entschieden ablehnen.

Lünen

Eine erfreuliche Bilanz. Kurz nach der Gründungskonferenz der Partei in Berlin konnten wir bereits zur Gründung der hiesigen Ortsgruppe schreiten. In jener Versammlung musterten wir schon eine Zahl von etwa 40 entschlossener Genossen und Genossinnen. Seitdem hat sich die Zahl der Teilnehmer von Versammlung zu Versammlung vermehrt, und wir können heute ungefähr 150 Mitglieder zählen. Vier interne und zwei erweiterte Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Versammlung mit dem Genossen Siemsen zeugen von der Aktivität der Ortsgruppe. Mit 450 Besuchern war letztere eine Kundgebung, wie sie KPD und „Eiserne Front“-Formationen hier kaum noch zustande bringen. Tagelang vorher war das Gesprächsthema der Proletariat die SAP. In zweistündigem Referat setzte Genosse Siemsen der atemlos lauschenden Menge die Notwendigkeit der Gründung der Partei und die Bildung der Einheitsfront auseinander. 19 Neuaufnahmen waren unser äußerer Erfolg. Trotz anfänglicher Schwierigkeiten besitzen wir jetzt eine starke Frauengruppe und einen Jugendverband von 30 Mitgliedern. Von der Werbemannschaft der Rhein- und Ruhr-Fackel wurden 500 Exemplare umgesetzt. Den Höhepunkt unserer ganzen Arbeit bildete aber unzweifelhaft die Gründung einer Ortsgruppe im benachbarten Selb — ein Erfolg zäher und aufopferungsvoller Werbearbeit unserer Lünener Genossen. Wir haben Verbindungen nach sämtlichen Nachbarorten aufgenommen und hoffen bald weitere Gründungen melden zu können. Wenn all unsere Arbeit bisher so erfolgreich gewesen ist, so verdanken wir das

in erster Linie der vorbildlichen Betätigung aller jener Genossen, die sich der Leitung mit ihrer ganzen Kraft zur Verfügung stellten, kein Opfer und keine Arbeit scheuten, obwohl gerade sie am härtesten unter der ungeheuerlichen Krise zu leiden hatten.

Stettin

Der „Sieger“. — Zum Generalversammlungsbericht der SAJ. Zahlen werden natürlich nicht genannt, dafür schreibt man vom „Spaltergruppen“, kann aber nur von 4 Gruppen berichten, im Gegensatz zu 8, die man vorher hatte. Selbst „Gruppen!“ In der Aussprache bekundeten alle Redner die unverbrüchliche Treue zur SAJ und zur Massenpartei des Proletariats, zur SPD. „Oho, da hätte mal einer was anderes sagen sollen. Alle Redner, wieviele und wer waren denn das? Der Geschäftsbericht des weiter amtierenden SAJ-Ortsvereinsleiters scheint nur eine Hetze gegen die „Spalter“, die nach dem bekannten Hartwig-Artikel „gegangen worden sind“, gewesen zu sein. Und da wurde denn festgestellt: „Wie die Spaltung von langer Hand vorbereitet worden ist, beweist auch, daß der Schriftwechsel, der mit Seydewitz geführt wurde, aus den Akten verschwunden ist.“ Nun, dieser Schriftwechsel ist von der gesamten Führerschaft der SAJ genau kontrolliert worden. Ein Brief an Seydewitz forderte ihn auf, wie die Mitgliederversammlung es beschlossen hatte, in Stettin zu sprechen, und deutete kurz darauf hin, daß die Versammlung gedacht sei gegen einen Ollenhauer-Abend, der durch dessen unverschämte Provokationen nicht zu Ende geführt werden konnte. Da Seydewitz nicht antwortete, wurde er gemahnt, was der Führeraussprache wörtlich zur Kenntnis gegeben wurde. Endlich antwortete Seydewitz; er sei durch andere Genossen schon auf die Zustände in Stettin aufmerksam gemacht worden, was nicht weiter verwunderlich ist. Dieser Briefwechsel befindet sich in unseren Händen. Die SAJ-Bezirksleitung hat sonst so viel Einschreibebriefe geschrieben, den hat sie gar nicht angefordert. Aber, wenn ihr etwas daran liegt, dann soll sie den ganzen Briefwechsel haben. Bezeichnend ist die Einstellung. Man macht in den Akten Ausgrabungen. Findet man etwas, aha, dann ist das ein Beweis für die Spaltung. Findet man nichts, — ein wieviel besserer Beweis. Also, die SAJ soll den ganzen Briefwechsel mit Seydewitz haben, wenn sie ihn anfordert. Aber den Briefwechsel mit Gg. Engelbert Graf, von dem die SAJ-Leitung das Verschwinden nicht bemerkt hat, den werden wir behalten. Vielleicht war auch mit Graf die Spaltung vorbereitet, — und wir wollen doch Engelbert Graf keine Unannehmlichkeiten in der Straßenbahn verursachen. Typisch ist, daß die SAJ bei der Besetzung ihrer Funktionsstellen im wesentlichen zu den älteren Jahrgängen zurückgreift. Und dann wird sie sogar aktiv und kündigt eine Max-Westphal-Versammlung für den Februar an. Aber nicht etwa mit Diskussion, denn wer „die Bildung einer „Eisernen Front“ der Jugend“ fordert, kann seine nicht vorhandenen Grundsätze auch nicht vertreten; das hat die SAJ an anderer Stelle bewiesen; als wir sie zur Verteidigung ihrer Grundsätze aufforderten. Immerhin wagt der „Volks-Bote“ nicht, die Lügen des „Kampfgefährte“, des pommerschen Mitteilungsblattes für SAJler, daß schon sieben der „Spalter zur SAJ zurückgekommen seien, zu wiederholen; sonst müßte man womöglich Namen nennen. Obwohl der „Kampfgefährte“ so lügt und hetzt, kann er leider noch immer nicht ohne unser Geistesgut auskommen. Er drückt in der Dezember-Nummer einen Artikel unseres Genossen Lamm ab, der Januar 1931 in der Stettiner Gruppenzeitschrift „Der rote Pionier“ stand. Dieser Artikel wird als vorbildlich bezeichnet — und mit einem anderen Namen unterzeichnet. Diese kleine Episode beleuchtet deutlicher als alles andere, wie es wirklich hinter den Kulissen der Ludendorfferei aussieht.

Köslin

Der Sozialist. Die Kösliner Ortsgruppe der SAP gab mit dem 29. Januar ein Wochenblatt heraus, das in der Folge regelmäßig erscheinen wird. Der sozialdemokratische „Hinterpommer“, ein Abklatsch des „Volksboten“ in Stettin, der in der Regel mit seinen Neuigkeiten immer etwas hinterherhinkt, machte schon wenige Stunden nach dem Erscheinen des „Sozialist“ für diesen tüchtig Reklame, indem er ihn und auch die kommunistische Ortszeitung zitierte. Er gibt Auszüge aus beiden Blättern von den Berichten über die SAP-Versammlung am Montag, zitiert aber nicht die Stelle, in der von der schnoddrigen Berichterstattung des „Hinterpommer“ gesprochen wird. Wenn er hämisch von „Einheitsbrei“ spricht, so scheint in den „Köpfen“ des „Hinterpommer“ ein unbeschreiblicher Gehirnbrei sich gebildet zu haben. Anders sind die geistlosen Schreibereien des „Hinterpommer“, der im Volksmunde mit den verschiedensten drastischen Namen bezeichnet wird, nicht zu erklären. Aber der wachsende Einfluß der SAP-Genossen macht ihn vor Wut schäumen, und daher trotz aller „guten Vorträge“ zu Anfang jetzt die tägliche Reklame für uns. — In einem Bericht über eine SPD-Versammlung in Kolberg schreibt der „Hinterpommer“ bei dem Bericht über die Diskussionsrede unseres Genossen Naske, der die Wehrpolitik der SPD geißelte, folgende Rede: „Ein Anhänger der Friedensgesellschaft, Naske, brachte in seinen Worten den Panzerkreuzer rammel vor, konnte aber mit seinem SAP-Ideengang die Anwesenden nicht erwärmen.“ „Da kann man sich Hände und Füße dran wärmen, — bloß frieren dürfen sie einem nicht“, ist eine alte pommersche Redewendung, die auf die Politik der SPD mit ihrer „Eisernen Front“ voll und ganz zutrifft.

Sportschau der SAZ

Waldlauf in den Rehbergen

Heute nachmittag um 15 Uhr findet in den Rehbergen ein Waldlauf der Arbeitersportler des AT. und SB. statt. Veranstalter dieses Laufes ist der ASV. Wedding, der zugleich sein einjähriges Bestehen feiert. Die Wedding'sche Arbeiterschaft kann durch ihren Besuch zum Gelingen der Veranstaltung beitragen. Nach dem Lauf finden sich alle Sportler, Sportlerinnen und Gäste zum gemütlichen Beisammensitzen im Lokal Dornbusch, Seestraße 123, ein.

Berliner Hockeyspieler im Serienkampf

Das Serienspiel-Programm bringt in den beiden Spitzenabteilungen nur zwei Spiele. Der VfL. Ostring wird im Lichtenberger Stadion gegen Tennis Rot 1 antreten. Tennis-Rot muß gegen die schnellen Lichtenberger seine führende Position verteidigen und wird als knapper Sieger erwartet. Beginn um 14.30 Uhr. Im Pflichtspiel kommen einige interessante Paarungen zustande. Der VfL. Ostring und der Sportverein Moabit werden im Lichtenberger Stadion spielen. Die Moabiter werden diesen Probekampf für die noch ausstehenden Spiele gut gebrauchen können. Diese vielversprechende Paarung beginnt um 11.30 Uhr. — Weiter werden der Athletik-Sport-Club 1 und der F.H.C. Spandau ein Freundschaftsspiel um 15 Uhr im Neuköllner Stadion austragen. Die Spandauer haben das bessere Mannschaftsgefüge und dürften den voraussichtlichen Sieger stellen. Platz Ost, Barkerstraße. Der ASV. Wedding und MTV. Bernau treffen sich um 14 Uhr auf dem Platz in der Lehmsstraße. — ASV. 2 und F.H.C. Spandau 2 um 13.30 Uhr. — Volkssport Neukölln und FTGB-Tempelhof 2 um 10.30 Uhr im Neuköllner Stadion.

Weitere Spiele: Moabit 2 gegen Pankow 2 um 8.30 Uhr im Tiergarten. — Volkssport Neukölln 2 gegen ASV. Schönberg 1 um 9 Uhr im Neuköllner Stadion.

Kreismeisterschaftskampf in Südwestsachsen

Niederhafflau spielt auf eigenem Platz gegen VFB-Riesa

Am kommenden Sonntag beginnt die Schlussrunde um die sächsische Kreismeisterschaft. Die Spiele sind jetzt Punktspiele. Man hat dem System der Punktwertung den Vorzug gegeben, weil man fast immer die Beobachtung machen konnte, daß bei dieser Wertungsmethode die Nervosität der Spieler nicht so stark in Erscheinung tritt und die Leistungen derart herabdrückt, wie das bei den harten Ausscheidungskämpfen häufig der Fall ist.

Im Kreis hat sich der Spielstärkenunterschied sehr verringert. Es ist nicht mehr so wie früher, wo die Großstadtkreise wesentlich überlegen waren. Zwischen Leipzig und Zwickau hat sich jetzt VFB-Riesa eingeschoben, eine ausgezeichnete Mannschaft. VFB-Riesa ist bekanntlich vor sechs Jahren aus dem bürgerlichen Lager mit acht Vollmannschaften zu uns gekommen.

Man hat allen Grund, erwartungsvoll zu sein. Die Leistung Niederhafflaus ist bekannt, und viele sehen in der Mannschaft schon den Kreismeister. Aber die Riesaer sind auch ausgezeichnete Sportler, blitzschnelle Läufer und außerdem gute Taktiker. Allerdings erwartet man allgemein, daß die Niederhaffläuer die — wenn vielleicht auch knappen — Sieger sein werden.

Vordem spielen: Cainsdorf Jugend—Niederhafflau Jugend.

Trotz des Spielverbots am Nachmittag gibt es ein großes Spielprogramm.

Netzschkau—Vielau (10.30) Wiederholungsspiel. Die Netzschkauer sind nun noch bedeutend verbessert und brennen darauf, dem führenden Verein eine Niederlage beizubringen. — Crimmitschau—Schneeberg (14 Uhr). — Planitz—Zwickau (10.30). Wenn die Planitzer ihre Siegesabsichten diesmal durchführen wollen, so müssen sie mehr Vorsicht walten lassen als bisher. — Cainsdorf—Oberhohndorf in Bockwa. In der jetzigen Aufstellung müßte es Cainsdorf eigentlich mit Oberhohndorf gut aufnehmen können. — Wilkau—Marienthal (10.45 Uhr). Wenn die Marienthaler vielleicht auch mehr in der Defensive sein sollten, hinsichtlich des Kampfgeistes und des Eifers haben sie aber bestimmt einen Vorsprung. — Reichenbach—Pöhlau 10 Uhr. Die Reichenbacher werden wohl siegen. — Werdau—Ebersbrunn (10 Uhr). — Rotschau—Treuen (14.30). Die Gäste sind keinesfalls in der Formstärke — obwohl sie das Vorspiel mit 4:2 gewannen — um von vornherein als Sieger gelten zu können. — Lengsfeld—Brockau (14.30). Es steht zu erwarten, daß die Lengsfelder jetzt wieder einen besseren Fußball zeigen werden. — Mosel—Gesau (10.30). — Neuschönburg—Mülsen-Nielas (10.30). — Wiesenburg—Zwickau Nord 2 (10 Uhr in Friedrichsgrün). — Härtensdorf 1—

Wilkau 2a (10.30). — Crimmitschau 2—Steinpleis 1 (11 Uhr). — Schönfelds 1—Reichenbach 2 (10.30). — Lichtentanne—Ebersbrunn 2 (10.30).

Großkampftag im Volkssport Neukölln

Am Sonntag spielen fast sämtliche Handball-, Fußball- und Hockey-Mannschaften gegen unsere Brudervereine und beweisen damit ihre Aktivität in der Spielbewegung des 1. Kreises des A.T.u.Sp.B. Das Spielprogramm der 1. Männer-Handballer gegen F.T.G.B. Ostring um 11.10 Uhr im Neuköllner Stadion (Platz 6) müßte Neukölln gewinnen. Die 1. Frauen spielen um 12.10 Uhr gegen Schönberg 1 ebenfalls Platz 6. Neukölln wird sicher den Sieger stellen. Die 2. Männermannschaft wird um 11.16 Uhr auf Platz 6 gegen Süd 2 die Punkte verlieren. Siegeschancen hat die 3. Männermannschaft gegen Lankwitz 2 um 10.35 Uhr in Lankwitz. Wenig Aussichten auf Erfolg hat die 1. Jugend gegen Zossen 1 um 14.00 Uhr in Zossen. Die 1. Männer-Hockey-Mannschaft, der Avertier auf die Kreismeisterschaft, wird um 10.30 Uhr gegen Tempelhof 1 (Platz 4) die Anwartschaft unter Beweis stellen müssen. Neukölln 2. Männer-Mannschaft wird um 9.00 Uhr (Platz 4) gegen Schönberg 1 wenig zu bestellen haben. Sämtliche drei Fußballmannschaften fahren nach Spandau, um gegen Butab zu spielen. Aber Voraussicht nach wird die 1. Fußballmannschaft gegen Butab 1 um 14.30 Uhr auf dem Platz Seeburgstraße verlieren; dagegen hat die 2. Männermannschaft Aussichten, gegen Butab 2 um 13.00 Uhr zu gewinnen. Die 3. Männermannschaft wird um 11.30 Uhr gegen Butab 3 den Sieg Butab überlassen müssen. Das Spiel der erwerbslosen Handball-Volkssportler gegen A.S.V. Neukölln 1 gewann trotz großer Überlegenheit im Feldspiel Volkssport knapp 1:0.

Drahtzieher am Werk

Eine Anfrage an den Vorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Der unaufhaltsame Vormarsch unserer jungen Partei wird der SPD von Tag zu Tag unangenehmer. So ist es kein Wunder, wenn sie jedes, aber auch jedes Mittel, daß sie ihren Einfluß in Arbeiterorganisationen benutzt, um zur SAP übergetretene Funktionäre mundtot zu machen. Besonders dann, wenn SAP-Genossen in diesen Organisationen eine führende Funktion inne haben.

So ist's auch im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Genug derartige Fälle sind von uns aufgezeigt worden, meist hatte glücklicherweise die Vernunft der Sportgenossen die Intrigen der SPD-Leute zunichte gemacht. Auf der am 23. d. Mts. stattgefundenen erweiterten Vorstandssitzung des Freien Turn- und Sportvereins Hamburg, Eilbeck-Hamm, Abtg. Eilbeck, hatten die Mitglieder der SPD der Turnabteilung einen Mißtrauensantrag gegen den jetzigen der SAP angehörigen Vorsitzenden Langmann einreichen lassen. Begründung: 1. Als Vorsitzender könne nur ein SPD-Mann in Frage kommen, um ein Zusammenarbeiten mit der SPD zu gewährleisten; 2. hätte der Genosse Langmann bundesschädigend gewirkt, weil er — zwar nicht auf dem Turnplatz — aber

sonst, in seiner Eigenschaft als Distriktsführer der SAP, für die letztere Propaganda treibe. Selbst als der Genosse Langmann seinen Posten als Vorsitzender des Turnvereins für die in allernächster Zeit stattfindenden Neuwahlen zur Verfügung stellte, gab man sich nicht zufrieden. Ein mündlicher Antrag auf Ausschluß des Genossen Langmann aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund wurde gestellt, der zur Generalversammlung als schriftlicher Antrag eingereicht wird. Begründung: Es muß reine Bahn gemacht werden.

Wir fragen hiermit den Bundesvorstand vor breiterster Öffentlichkeit: Was gedenkt er gegen diese Anmaßungen zu tun, die weder mit Vernunft, noch mit den Satzungen, noch mit Bundesbeschlüssen zu vereinbaren sind? Die Mitglieder der SAP wenden sich mit aller Schärfe gegen derartige Maßnahmen verantwortungeloser Leute, die daran sind, der Organisation unermesslichen Schaden zuzufügen. Die der SAP angehörenden Arbeitersportler sind sich daher der Unterstützung aller vernünftigen Sportgenossen sicher.

Wir erwarten eine Antwort!

Organisationsnachrichten

SAP

Ortsgruppe Friedrichshain: Abteilungsversammlungen Mittwoch, 3. Februar, 20 Uhr. Abt. 2 im Lokal Bräuer, Paul-Singer-Straße 30. Abt. 4 im Lokal Krugmann, Memeler Straße 63. Abt. 5 im Lokal Kullas, Samariter-Ecke Dohlgartenstraße. Abt. 7 im Lokal Eberty-Ecke Matternstraße (Lokal Beyer). Abt. 8 im Lokal Barthel, Landsberger Straße 116.

Ortsgruppe Tiergarten, Abt. West: Mittwoch, 3. Februar, 20 Uhr. Mitgliederversammlung im Lokal Flottwell-Ecke Steglitzer Straße. Thema: Kulturpolitik der SAP. (Ref. Gen. Reich.) Gäste mitbringen.

Ortsgruppe Falkenberg-Bohndorf: M.-V. Dienstag, 2. Februar, 19 Uhr, im Gemeinschaftshaus Falkenberg (Gutshof).

Bezirksverband Berlin: SAP-Genossen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Montag, 1. Februar, 19 Uhr, im Lokal „Zur Sprequelle“, Rolandufer 8 (Nähe Jannowitzbrücke), Fraktionssitzung. Mitgliedsbücher mitbringen.

Freie Spielleute Neukölln: Übungsstunde jeden Dienstag, 20—22 Uhr, bei W. Schenk, Neukölln, Rosenstr. 24. Interessenten für Trommeln, Flöten und Schlagzeug werden sachgemäß ausgebildet. Vors. Karl Schenk, Karlsgartenstraße 18, techn. Leiter Richard W. Schulz, Mantiusstraße 16.

Ortsgruppe Neukölln: Heute, Sonntag, 10 Uhr, Funktionärsversammlung bei Löffler, Weichsel-Ecke Ossastraße. Bezirksverband Berlin: Groß-Berliner Funktionärsversammlung Montag, 3. Februar, 19 Uhr, in den Berlinia-Festhallen, Schönhauser Allee 28 (Nähe Senefelder Platz).

Ortsgruppe Charlottenburg: M.-V. Montag, 1. Februar, 20 Uhr, im Lokal Brüning, Pestalozzi-Ecke Fritzschestraße. Stellungnahme zur Präsidentenwahl, Bericht, Neuwahlen.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Abteilungsversammlungen (Zahlend) Mittwoch, 3. Februar, 20 Uhr. Abt. 1/2 Lokal Niedergall, Carmen-Sylvia-Ecke Lychener Straße, Ref. Gen. Kögler. Thema: Tagesfragen. — Abt. 3/4 Lokal Reche, Metzgerstraße 24. Ref. Anus Hirtloch. Thema: Die Frau im Klassenkampf.

Ortsgruppe Reinickendorf: Mittwoch, 3. Februar, 20 Uhr, Jahreshauptversammlung im Lokal Gählich, Schanzenstraße 50, Gr. Bartigstraße. Berichte, Neuwahlen, Stellungnahme zur Präsidentenwahl. — Abteilungsversammlung für Tegel fällt aus. Alles in die Generalversammlung!

Ortsgruppe Schöneberg: M.-V. Dienstag, 2. Februar, 20 Uhr, aller westlichen Bezirke im Piccadilly, Schöneberg, Ebertstraße 80.

Ortsgruppe Schöneberg: Heute, Sonntag, 10 Uhr, Zeitungsaktion. Alle Genossen treffen sich bei Geil, Mercedesburger Straße 7.

Ortsgruppe Steglitz: Sonntag, 31. Januar, 9 Uhr, Flugblattverteilung. Alle Genossen müssen bei Wernicke, Berlinckestr. Ecke Rüdigerstr., erscheinen. — Montag, 1. Februar, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Wernicke, Berlinckestr. Ecke Rüdigerstr. — Dienstag, 2. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wernicke, Berlinckestr. Ecke Rüdigerstr. Rußland-Vortrag. Ref.: Gen. Gerloff. Gäste willkommen.

SJV

Mitteilungen der Bezirksleitung

Dienstag, 2. Februar, 18 Uhr, Heim, Prenzlauer Allee 34 Agitationsauschüttung. — Am Mittwoch müssen die Karten für den R. Karneval abgeholt werden. Karten kosten 0,60 RM. für Arbeitende und 0,30 RM für Erwerbslose. Achtung! Festausschuß und Spielkollektiv. Sitzung aus Roten Karneval Mittwoch, 18 Uhr, Heim Prenzlauer Allee 34.

Aktionsbezirk West, Montag, 1. Februar, 19 Uhr, A. B. Vorstandssitzung im Heim, Prenzlauer Allee 34.

Aktionsbezirk Nord-Ost. Die heute geplante Mitgliederversammlung fällt aus. Dafür Mittwoch ein bekanntes Stelle.

Aktionsbezirk Süd. Mitgliederversammlung, 20 Uhr, Heim Tempelhof, Grätzstraße. Eingang Kinderhort. Referat: „Sowjetrußland“ und Organisatorisches.

Unterbezirk Neukölln. Aktionsbezirks-Mitgliederversammlung in Tempelhof, Treffpunkt 119 Uhr Bahnhof Hermannstraße. Am 1. Februar fällt Arbeitskreis aus.

BL. Politisch satirischer Abend. Sonntag, 119 Uhr, Gewerkschaftshaus, veranstaltet von der FGJ. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

AB. Nord-Ost. Sämtliche Gruppen rechnen unbedingt bis Mittwoch die AB-Zeitung ab.

Gruppenredaktionen: Donnerstag, 4. Februar, freihalten. Heim Prenzlauer Allee 34. Redaktionsitzung.

Morgen, Montag, 1. Februar, 19.30 Uhr: Charlottenburg-Mitte: Heim wie bekannt. Tagespolitik.

Falkenberg: Heim, Gemeinschaftshaus. Tagespolitik.

Hansa: Heim, Schleswiger Ufer 16. M.-G. Köpenick, „August Babel, roter Aufbau“: Heim, Grünauer Straße 5. M.-G.

Lichtenberg: Heimabend fällt aus. Aktivgruppe I 20 Uhr, H. E.

Mitte-Nord, „Ernst Toller“: Heim, Tickstr. 18. M.-G. Mitte-Süd: Heim, Waisenstr. 18. M.-G.

Moabit: Heim, Leberstraße 18/19. M.-G. Reinickendorf: Heim, Kopenhagener Straße 24. Tagespolitik.

Süd-West: Heim, Chammis, stz 5. M.-G. Referatenschule fällt aus. Nächsten Montag!

Westend: Dienstag, 2. Februar, Heim, Sportplatz Westend. „Pazifismus und Wehrhaftigkeit“.

Achtung! Gewerkschaftslehre! Montag, 18 Uhr, im Jugendheim, Prenzlauer Allee 34.

SAP- und SJV-Sportler Kreuzberg: Mittwoch, 3. Februar, Sitzung in der alkoholfreien Gaststätte am Merheineckeplatz. Erscheinen aller Sportler ist Pflicht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann Verlag Siegel Zeitungs-Verlagsbes., m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2004.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2,40 einschließlich Bestellschein. Durch die Post bezogen: RM 2,00 und RM —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund eigener Spezialtarife für die Verbreitung.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Siegel Zeitungs-Verlagsbes. m.b.H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 153 928.

Volkshörne

Febru. 4. u. 11. u. 18. u. 25.

Di. 1. Norden 294

Sonntag, 19. Uhr

Tanzmatinee

Helge Norman und Gruppe

Sonntag und Montag 3 Uhr:

Der Gefangene

Rose-Theater

große Frankfurter Str. 137

Telefon: 1. 1. Weichsel 3427

Sonntag 3 und 6 Uhr

Montag 6.15 Uhr

Der Bettelstudent

Sonntag 9 Uhr:

Jugendfreunde

Werbt

für die

„SAZ“

IHR VORTEIL

ist es, wenn Sie noch heute für sich und Ihre Familienangehörigen eine

LEBENSVERSICHERUNG

abschließen. Niedrige Prämiensätze, günstige Versicherungsbedingungen und größte Sicherheit bietet Ihnen die

VOLKSFÜRSORGE

Gewerkschaftlich - Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, An der Alster 57-61.



Auskunft erteilen die Rechnungsstellen oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, a.d. Alster 57-61

Reunion Cigarette
Fürst Pückler
1a Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.
mit den herrlichen aus Kunstseide gewebten Bildern.

Genossen

Beachtet

unsere

Inserate!

Lest den

Klassen-

kampf!

Anzeigen-Werber

gesucht für Zusammenstellung von Bezugsquellenverzeichnissen einer Tageszeitung.

Höchste Provisionen, sofort bares Geld!

Angebote sind zu richten unter „Postlagerkarte Nr. 78“ Berlin SW 48

volkshochschule mylau i.v.

dienstag, den 2. februar, 20 uhr, sch. oththeater

filmvorführung!

1. MENSCH UND BUCH (kulturfilm)

2. DER BLAUE EXORD (russischer tonfilm) (für jugendliche verboten)

auf allen plätzen: mitglieder 50 pt., nichtmitglieder 75 pt., erwerbslose 30 pt. Karten im vorverkauf in den läden des reichsbanner-konsumvereins (brückenstr. u. lumburger str.), sowie bei otto dick, ringstr. 6

jedermann sehe sich diese beiden filme an! die teilnahme

Preisabbau

Für unsere Mitglieder

Zucker, gemahlen 1 Pfd. M. ,35

Weizenmehl 1 Pfd. M. ,23

Auszugmehl 1 Pfd. M. ,29 u. ,28

Speiseöl 1 Pfd. ,60 u. M. ,36

Milch, kond., ungez. 1 Dose ,50 u. M. ,25

Tafel-Margarine 1 Pfd. ,80, ,63, ,48 u. M. ,36

Trotz erhöhtem Butterzoll

Butter 1 Stck. ,85, ,80 u. M. ,65

Außerdem 5% Rückvergütung

Abgabe nur an Mitglieder

Bezirkskonsumverein

Reichenbach-Netzschkau u. Umg.

Arbeitersportler! SAZ

lest die SAZ

In Stockhausen (Thüringen) wurden in einer Versammlung der SAP zwanzig Neuaufnahmen gemacht.

Lünen meldet: der Mitgliederbestand, der bei der Gründung 40 Personen betrug, ist inzwischen auf 150 gewachsen. Eine einzige öffentliche Versammlung brachte 19 Neuaufnahmen.

In Selm wurde nach einer öffentlichen Versammlung eine Ortsgruppe der SAP gegründet.

Freital (Sachsen) meldet, daß sich die Mitgliederzahl der SAP-Ortsgruppe seit der Gründung verdoppelt hat. — Zum stärkeren Vertrieb des „Kampfsignal“ wurde beschlossen, daß jeder Genosse bis auf weiteres wöchentlich fünf Nummern des „Kampfsignal“ vertreiben wird!

Der Zerfall der KPD-Opposition

Brandler und Thalheimer, die Führer der kommunistischen Opposition, kennen seit der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei ihr gegenüber nur das eine Ziel, unsere Partei zu „zerschlagen“. Noch auf der letzten, Ende vorigen Jahres abgehaltenen Reichskonferenz der KPD-O wurde diese These mit Nachdruck vertreten und zum Beschluß erhoben, obwohl sich schon damals die Zerfallerscheinungen in den eigenen Reihen deutlich zeigten. Brandler und Thalheimer aber zeigen sich unbeliebar; es scheint, als ob sie bewußt auf die Zerstörung ihrer Organisation hinarbeiten, um der Führung der Kommintern zu gefallen.

Dem Ausschluß derart verdienter Revolutionäre wie Jacob Walcher, Paul Frölich, Dr. Karl Frank u. a. in Berlin durch die Reichsleitung, folgen nun schon die Ausschüsse ganzer Ortsgruppen aus der KPD-O im Reiche. So solidarisierten sich in Dresden und Freital die Ortsgruppen der KPD-O mit zwei Drittel Mehrheit mit den in Berlin ausgeschlossenen Genossen um Walcher. Das war für die ostsächsischen Beauftragten der Reichsleitung Grund genug, die Dresdner und dann auch die Freitaler Ortsgruppe aus der KPD-O auszuschließen. An beiden Plätzen hat damit die offizielle KPD-O aufgehört zu existieren.

Unter den in Ostsachsen aus der KPD-O Ausgeschlossenen befinden sich fast alle Funktionäre der genannten Ortsgruppen. Genosse Erich Melcher, bis 1928 politischer Bezirksleiter der KPD in Ostsachsen, in unseren Reihen bekannt als stellvertretender Führer des Dresdner Sozialistischen Schutzbundes, befindet sich ebenfalls unter den Gemaßregelten.

In den letzten Tagen haben die ausgeschlossenen KPD-O-Genossen mit unserer Dresdner Organisation Verhandlungen geführt mit dem Ziel auf Abschluß einer engen Arbeitsgemeinschaft. Da gegenseitiges Vertrauen die Grundlage ist, dürfte schon bald auch nichts mehr im Wege stehen, der festgelegten engen politischen Zusammenarbeit auch die organisatorische Einheit folgen zu lassen. Wir jedenfalls wünschen diese Entwicklung, weil die SAP zur Erfüllung ihrer Aufgaben jeden Revolutionär dringend braucht.

Obwohl diese Ausschüsse schon Mitte Januar erfolgt sind, werden sie von der „Arbeiterpolitik“ bis zum heutigen Tage verschwiegen. Ob diesen Verhaltens weiß man nicht recht, ob Brandler und Thalheimer den Zerfall der KPD-O nur den eigenen Mitgliedern oder ihren geheimen Auftraggebern zu verschweigen suchen.

Litwinow bei Brüning. Der Außenkommissar der Sowjetunion, Litwinow, der gegen 10 Uhr in Berlin eintraf, wurde kurz vor 13 Uhr vom Reichskanzler Dr. Brüning empfangen. Vorher hatte Litwinow eine Unterredung mit Staatssekretär von Bülow. — Litwinow ist bereits am Nachmittag nach Genf weitergereist.

SOCIÉTÉ DES NATIONS



Japan und der Völkerbundsrat
Es scheint alles gut abzulaufen

Ein Soldat der Revolution

Zum Jahrestag der Ermordung des Jungarbeiters Otto Grüneberg

Berlin, 30. Januar.

Friedrichsfelde. Der Wallfahrtsort des Berliner Proletariats. Dort liegen sie alle, an denen die Herzen der Berliner Arbeiter in Verehrung hängen, dort liegen die Vorkämpfer einer neuen Welt, die Soldaten der Revolution, die ihr Leben lassen mußten für uns, für zukünftige Generationen, für den Fortschritt, für den Sozialismus. Gefallen im Kampfe; unsterbliche Opfer. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und ihre „Kumpanen“, die Werner Möller, Wolfgang Fernbach und die „Vorwärts“-Parlamentäre, die Dorenbach und Sylt, alle, die sterben mußten, damit andere weiter leben, genießen und ausbeuten konnten, damit die herrliche, gottgewollte Ordnung der Herren Duisburg und Thyssen, Krupp und Vögler, Rosch und Borsig weiter regieren, weiter herrschen und zerstören kann.

Alle, die diesen Herren des Kapitals den Krieg angesagt haben, alle, die für die Unterdrückten, Ausgestoßenen und Betrogenen dieser Erde Platz schaffen wollten, alle, die erschlagen, „auf der Flucht erschossen“, „im Kampfe getötet“, im Dienste des Kapitals gemeuchelt wurden, liegen im Osten Berlins, in Friedrichsfelde, auf diesen Flecken Erde, der mit dem kostbaren Blute der Soldaten der sozialen Revolution getränkt ist.

Zerfurchte, schwielige, dankbare Arbeiterhände schmücken diesen Ort immer von neuem mit rotem Tuch; mit dem Rot, das uns erinnern soll an das Blut, das für eine große leuchtende Zukunft vergossen wurde.

Dort ist auch das Grab Otto Grünebergs, der vor Jahresfrist von den Faschisten um sein junges, zukunftsreiches Kämpferleben gebracht wurde. Otto Grüneberg war einer jener stillen und bewußten Kämpfer, der in zäher Kleinarbeit nur ein Ziel kannte: der Arbeiterklasse zu dienen, nur eine Lebensaufgabe sahen, den Sozialismus zu erkämpfen, wenn es sein muß, auch mit dem höchsten Einsatz, mit dem Einsatz des Le-

bens. Otto Grüneberg war Funktionär zahlreicher kommunistischer Organisationen. Einer von den vielen jungen Arbeitern, die das bittere Schicksal der Arbeitslosigkeit hart traf. Er trug es leidend, trotzig, schweigend; er hatte etwas Höheres zu gewinnen, als für ein paar Tage Arbeit, er wollte Abrechnung halten mit denen, für die Millionen mit ihm leiden müssen; er wurde Kämpfer, bewußter Helfer und Organisator in dem großen Kampfe gegen den Kapitalismus.

Otto Grüneberg hatte zu Lebzeiten einen seltsamen Wunsch, einen schönen Wunsch, er wollte im Kampfe für das Proletariat sein Leben geben und wollte in Friedrichsfelde liegen, bei denen, die ihm in seinem Leben Vorbilder, Führer und Kameraden waren, die mit ihm derselben Idee, derselben Sache dienten und für dasselbe Ziel starben. Am 31. Januar 1931 war er zu einer Nachtveranstaltung der IAH im Germania-Palast gekommen. Begeistert sang er zum Schluß die Internationale, zum letzten Male.

In später Nachtstunde gingen wir in unser Verkehrslokal, um die Karten zu verrechnen; dann trennte wir uns nach zwei Uhr nachts; wir wußten nicht, daß dieser Händedruck der letzte sein sollte. In der Heibelstraße in Charlottenburg haust der Mordsturm der Nazis, der Sturm 33. In der Nähe dieses Lokals mußte Grüneberg an einer unübersichtlichen Stelle auf dem Nachhausewege vorbei; ein Parkgelände im Hintergrund sicherte ein schnelles Entkommen nach den Ueberfällen. Diese Stelle war schon einer Anzahl revolutionärer Arbeiter zum Verhängnis geworden. Die heimkehrenden Arbeiter wurden hier von den Nazis aufgeleert; sie hatten Zusammenstöße mit ihnen gehabt. Otto Grüneberg kam ahnungslos diese Straße entlang, nur in Begleitung eines einzigen Genossen. Mit dem Rufe „Kommune“ stürzten sich die Nazis auf die Arbeiter. Schüsse blitzen, Grüneberg läuft seinem gegenüberliegenden Wohnhause zu, es sind ja nur wenige Schritte, sie verheißen Sicher-

heit, Leben. Da trifft ihn ein Schuß; sterbend sinkt er in die Arme von hinzugeeilten Hausgenossen. Die Nacht schützt die Nazis vor der Abrechnung der Arbeiter. Am nächsten Morgen durchbraust ein Empörungsturm das Charlottenburger Arbeiterviertel.

Mordsturm 33. Wir dürfen nicht sagen, wer Schuld hat, Notverordnung und Zensur hindern uns, das auszusprechen, was in Charlottenburg vorliegt; aber fragen Sie einen Charlottenburger Arbeiter, Herr Polizeipräsident, er wird Ihnen eine Antwort geben, die Sie im Gedächtnis behalten werden. Die Arbeiter formieren die Einheitsfront; spontan reihen sie sich ein, indifferente, sozialdemokratische Arbeiter, mit besonderer Begeisterung die Jugendgenossen der SAJ. Ueberall war Otto Grüneberg beliebt und geachtet. Unvergesslich wird mir jene überfüllte Massenversammlung der Charlottenburger Arbeiter bleiben, in der Erna Grüneberg, die Schwester Ottos, eine Jugendgenossin, ein paar schlichte, erschütternde Worte sprach:

„Genossen, es ist nicht im Sinne meines ermordeten Bruders, daß wir um ihn trauern; es war immer sein Wunsch gewesen, im Kampf zu sterben und nach Friedrichsfelde zu kommen, dort, wo sie alle liegen, Karl und Rosa und alle die anderen.“

Unvergesslich auch die gewaltige überparteiliche, spontane Massendemonstration der Berliner Arbeiterschaft am Tage der Einäscherung Otto Grünebergs, mitten im Schneestöber durch den roten Wedding. Zehntausende warteten stundenlang auf den Zug; entblößte Häupter hunderter, tausender, zehntausender, ein unvergessliches Erlebnis. Und dann der letzte Gang nach Friedrichsfelde, die letzten, ergreifenden Worte seiner Kameraden und Freunde. Otto Grüneberg, ein Soldat der Revolution; die Charlottenburger Arbeiter werden ihn nicht vergessen. Walter Ehrmann.

Prozesse um Staatssekretär Weismann

Der Ankläger soll verrückt gemacht werden — Ein jüdischer Michael Kohlhaas

Berlin, 30. Januar.

Der vereidigte Bücherrevisor Philipp Lachmann war als gerichtlicher Buchsachverständiger in der Sache Kutisker tätig und geriet bei pflichtgemäßer Behandlung dieser Sache in Konflikt mit Kutiskers Verteidiger, dem Berliner Justizrat Johannes Werthauer, den er für den Mitschuldigen Kutiskers bei der Betrügerei an der Preussischen Staatsbank hielt. Aus seiner intimen Kenntnis der öffentlich noch längst nicht genug bekannten Zusammenhänge erhob Lachmann schwere Beschuldigungen nicht nur gegen Werthauer, sondern auch gegen den aktiven Staatssekretär im preussischen Staatsministerium, den Dr. Weismann, früher Staatsanwalt beim Landgericht I, der seiner Ansicht nach den schuldigen Werthauer in der Sache Kutisker gedeckt, die Enthaftung des von der Staatsanwaltschaft bereits verhafteten Werthauer widerrechtlich veranlaßt und auch sonst Dinge getan und gedeckt haben sollte, die vom Gesetz mit Strafe bedroht werden.

Lange Jahre hindurch hat Staatssekretär Weismann eine Erklärung zu den Vorwürfen Lachmanns vermieden; als der Bücherrevisor schließlich so deutlich wurde, daß eine gerichtliche Klärung nicht mehr umgangen werden konnte, erklärte der preussische Ministerpräsident auf vielfache Anfragen seiner parlamentarischen Opposition schließlich, daß Staatssekretär Weismann klagen werde, wenn der Bücherrevisor Lachmann seine Beschuldigungen nochmals wiederholen sollte. Lachmann erfüllte diese Voraussetzung bereits im Sommer des Vorjahres, und nun ist das Verfahren wegen über Nachrede gegen ihn eingeleitet. Es schwebt seit Monaten, und

die Staatsanwaltschaft hat leider den wichtigsten Teil der Vorwürfe Lachmanns als unwesentlich von der Anklage ausgenommen.

Justizrat Werthauer führt nun seit langem einen Kleinkrieg gegen Lachmann und hat dabei gewisse Teilsiege über den von seiner Rechtsidee besessenen Bücherrevisor bereits errungen, mit dem Ergebnis, daß der unvermögende Lachmann mit den Jahren seine gesellschaftliche Position verlor, in den Kosten ertrank und schließlich seinem Gegner, der ihn immer wieder erbarmungslos pfeifen ließ, tributpflichtig wurde. Nun hat Werthauer neuerdings den Versuch gemacht, den Bücherrevisor kriminell zur Strecke zu bringen. Den Anlaß hierzu bot folgender Vorgang:

Lachmann hatte erfahren, daß der geschiedene Ehemann einer Mandantin Werthauers schwere Drohungen gegen den Justizrat ausgestoßen hatte, und Lachmann machte daraufhin der Frau Werthauers von diesen Drohungen Mitteilung. Die Staatsanwaltschaft hat darin, der Anzeige des Justizrats Werthauer folgend, den Tatbestand der versuchten Erpressung erblickt. Sie nahm an, daß Lachmann auf diesem Wege versucht habe, den Justizrat Werthauer von der rücksichtslosen Eintreibung ihm geschuldeter Ge-

richtskosten zurückzuhalten und ihm, Lachmann, die Ableistung des Offenbarungseides zu ersparen. Gestern fand vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der Termin gegen Lachmann statt. Die Anklage vertrat der eigens zu dieser Sache vom Landgericht III ausgeliehene Staatsanwalt Stenig, der Sachbearbeiter gegen Lachmann. Nachdem der geschiedene Ehemann der Mandantin Werthauers die Angaben Lachmanns bestätigt hatte, stellte Staatsanwalt Stenig, gemeinsam mit dem Nebenkläger Werthauer den Antrag, Lachmann auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. In diesem Antrag sahen sowohl der Angeklagte wie seine Anwälte den Versuch, den Bücherrevisor Lachmann für den bevorstehenden Beleidigungsprozeß des Staats-

sekretärs Weismann als unzurechnungsfähig hinzustellen. Die Anwälte erklärten geradezu, daß man mit diesem Antrag einen Mann ausschalten wolle, „der etwas vom Staatssekretär Weismann wisse ...“

Der Antrag verfiel im übrigen der Ablehnung, und der Prozeß wurde, um noch andere Zeugen zu hören, auf Antrag des Angeklagten vertagt.

Man darf auf die weitere Entwicklung dieses Vorgefehchts gespannt sein. Wir halten Lachmann zweifellos für einen vom Rechtsgefühl Besessenen, für eine jüdische Abart der Figur des Michael Kohlhaas.

„Hochverräter“ Seydewitz

Seydewitz-Versammlung in München verboten
Aber Hitler darf sprechen — Das ist die „Demokratie“

Amtliches Dokument

München, 20. Januar 1932.

Beschluß.

Die Polizeidirektion München erläßt auf Grund § 1 Abs. 1 RVG in Verbindung mit Art. 102 AG zur RStRPO und gemäß § 1 Abs. 1 Ziff. 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. 3. 31 folgende Anordnung:

1. Die von der Ortsgruppe München der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands für Dienstag, den 2. Februar 1932, vormittags 10 Uhr, geplante öffentliche Erwerbslosenversammlung im Kolosseum mit dem Thema „Der Arbeitslose in der Weltwirtschaftskrise“ und die am gleichen Tage, abends 8 Uhr, beabsichtigte öffentliche Versammlung im Kreuzbräu mit dem Thema „Die Krisis des Kapitalismus und die sozialistische Arbeiterbewegung“ werden verboten.

2. Jede als Ersatz dienende Veranstaltung unterliegt dem gleichen Verbot.

3. Gebühren bleiben außer Ansatz.

Gründe:

Der für beide Versammlungen vorgesehene Referent, Reichstagsabgeordneter Seydewitz, hat in der am 22. November 1931 in Neustadt a. H. stattgehabten Konferenz der pfälzischen SAP-Ortsgruppen ausgeführt, daß „es für die proletarische Klasse keine andere Möglichkeit geben kann als die Voraussetzungen für die proletarische Diktatur entwickeln zu helfen“. Zur Erreichung dieses Ziels ruft die SAP auf: „Zur Mobilisierung der Ausbeuteten, zur Einreihung in die Front des proletarischen Widerstandes“ und „zum Sturz der Brüning-Regierung durch die proletarische Revolution“. Damit steht zu erwarten, daß auch die geplanten Versammlungen der Propagierung dieser hochverräterischen Bestrebungen dienen sollen. Ueberdies ist bei der herrschenden gespannten politischen und wirtschaftlichen Lage durch eine derartige Auf-

peitschung der politischen Leidenschaften eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen.

Die beabsichtigten Versammlungen waren daher gemäß § 1 Abs. 1 RVG in Verbindung mit § 86 RStRPO und Art. 102 AG zur RStRPO, ferner in Anwendung des § 1 Abs. 1 Ziffer 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. 3. 1931 zu verbieten.

Stempel. gezeichnet: Koch.

Wir fügen hinzu, daß die NSDAP — man möchte sagen, unter polizeilichem Schutz — im Zirkus Krone am Marsfeld eine große Kundgebung mit Hitler selbstverständlich veranstalten darf.

Das beschlagnahmte Kampfsignal

Die Nazis in Peine nahmen an der ersten Nummer dieses Jahrganges unserer Wochenzeitung „Anstoß“. Die „Mikstönende Wochenschau“ hat es ihnen angetan; sie fanden den Reichspräsidenten, den sie nicht wählen wollen, karikiert, und daß die Schupo und Streikende keinen guten Klang geben, wenn sie zusammentreffen, soll man in Deutschland nicht sagen. Darüber darf nur aus Amerika berichtet werden. Die Polizei in Peine aber kann nicht ruhig schlafen, wenn solche staatsgefährlichen Bilder erscheinen. Sie setzte sich auf den Amtsschimmel und beschlagnahmte 48 Exemplare. So sind vier Dutzend Peiner Einwohner davor bewahrt worden, auf politische Abwege geführt zu werden.

Demnächst geht sicher auch in Peine die Sonne auf, und, sofern die Nazis nicht daran Anstoß nehmen, werden die Peiner Nachwächter ruhig schlafen können.

Die französischen Parlamentswahlen sollen, wie der „Matin“ meldet, bestimmt am 22. und 29. Mai stattfinden.

Schiele redet für Autarkie

Die Eröffnung der „Grünen Woche“

B. Die „Grüne Woche Berlin“ wurde am Sonnabend vormittag in der Ausstellungsstadt am Funkturm durch einen Festakt eröffnet, an dem mehr als 1500 Ehrengäste, darunter die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, des Diplomatischen Korps, der Stadt Berlin, sowie führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst erschienen waren. Reichsernährungsminister Dr. Schiele überbrachte die Grüße des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Unter Hinweis auf die ungeheure allgemeine Volksnot und die besonderen Sorgen der Landwirtschaft betonte er, daß sich ein Ausweg aus dieser Not nur gewinnen lasse, wenn alles daran gesetzt würde, um die heimischen produktiven Kräfte wieder zu beleben und

uns auf eigene Kraft zu stellen.

Mehr und mehr werde es in unserem Volke Gemeingut, daß wir

zu allererst Agrarpolitik

betreiben müßten, nicht um der Landwirtschaft willen, sondern um die Zukunft unserer Wirtschaft, des gesamten Volkes zu sichern. Deutschland sei in seiner Nahrungsversorgung

nicht mehr auf das Ausland angewiesen,

so daß sich die Macht der Gläubiger nicht in einem gewollten Druck harter Entbehrungen, wie in den Kriegs- und Nachkriegsjahren umsetzen könne. Gerade in diesen Zeiten, in denen Deutschland um die Befreiung von den politischen Zahlungen kämpfe, wäre es unerträglich, wenn nicht unser tägliches Brot in genügender Menge auf eigener Scholle wüchse, wenn es uns von fremder Willkür zugemessen werden müßte. Die Reichsregierung habe darum auch besondere Maßnahmen ergriffen, um eine ordnungsgemäße Frühjahrsbestellung zu ermöglichen und dem deutschen Volk einen Brotkornwinter 1933 zu ersparen. Im Hinblick auf den Ausfuhrückgang seit 1929 und gegenüber dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft müsse die Fortführung der bisherigen Agrarpolitik als ein wirksames Mittel und gleichzeitig als der gesündeste Weg zur Aktivierung der deutschen Handelsbilanz angesehen werden. Die Frage: Binnenmarkt oder Exportpolitik sei längst überholt. Deutschland könne seine nationale Aufgabe, seinen sechs Millionen Arbeitslosen Arbeit und Brot zu verschaffen, nur erfüllen, wenn es seinen Binnenmarkt und damit vor allem die Landwirtschaft so stark wie möglich entwickle. Erst so lasse sich der nötige Rückhalt für den schweren Wettkampf um unseren Export einigermaßen erfolgreich führen. Die „Grüne Woche“ sei ein ermutigendes Zeugnis dafür, daß der Wille zur Arbeit und zur Selbstbehauptung in allen Zweigen unserer Urproduktion trotz schwerster Not und Krise wirke und lebe.

Dann folgte der Preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger, der seine Genugtuung darüber aussprach, daß sich die „Grüne Woche“ die Aufgabe gestellt habe, Mittel und Wege zu zeigen, um die Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Abwehr der Wirtschaftskrise zu unterstützen. Er betonte dann die Bedeutung der landlichen Siedlung, die Notwendigkeit der Landesmeliorationen und forderte gegenüber der Not der deutschen Forstwirtschaft Zollschutz und Einfuhrkontingentierung sowie Selbstschutz der Verbraucher.

Im Namen der Stadt Berlin hieß Oberbürgermeister Dr. Sahn die „Grüne Woche“ aufs herzlichste willkommen. Niemand habe ein stärkeres Interesse an einer leistungsfähigen und leistungsfreudigen Landwirtschaft als gerade die großen Städte. Die Ausstellung soll der Berliner Bevölkerung zum Bewußtsein bringen, daß die Lösung der Ernährungsfrage die Existenzfrage für jedes Volk bedeute.

Unter den Ehrengästen seien noch erwähnt: Die Reichsminister Groener und Treviranu, der Preußische Finanzminister Klepper, der russische Botschafter, der Prinzgemahl der Niederlande und Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg.

Max Sklarek und die Hellscherin

In der Sklarekverhandlung am Freitag spielte die vierte Dimension insofern eine gewisse Rolle, als über die Beziehungen Max Sklareks zu einer sonst normal veranlagten, blumen- und geldliebenden „Hellscherin“ gesprochen wurde. Frau Seidler, so hieß die Pythia, war über jede Kleinigkeit aus Maxens privatem und geschäftlichem Leben informiert und ließ sich den Vorzug dieser Mitwisserschaft entsprechend honorieren. Leo und Willy Sklarek dagegen, die Frau Seidler eine rege Phantasie wohl zugestanden, sie jedoch im übrigen als unglaubwürdig hinstellten, bestritten die Aussagen, die Frau Seidler bezüglich der Anzuegenheit mit der Stadtbank gemacht hatte, aufs entschiedenste. Nach einigen, für der Blumensprache Kundige erheiternden Intermezzi äußerte sich Leo über das Verhältnis der Sklareks zu den Stadtbankdirektoren. Er präziserte einige Freundschaften, die den Direktoren erwiesen worden seien, was Hofmann und Schmidt jedoch als unwarh hinzustellen versuchten. Der Verkehr mit den Sklareks sei immer nur geschäftlicher Natur gewesen.

Grüne Woche

Ein paar notwendige Worte

b. j. Die deutsche Landwirtschaft sendet ihre Vertreter alljährlich einmal in das Sündenbabel Berlin, wo sie an mehreren Vormittagen einer Woche zusammenkommen, um sich gegenseitig ihrer Notlage und der dringenden Bedürftigkeit staatlicher Subventionen zu versichern — früher, vor dem Kriege, fanden diese Zusammenkünfte regelmäßig im Zirkus Busch statt, der sich längst als zu klein erwiesen hat, und abends bevölkerten die Herren Agrarier die Amüsierlokale der Friedrichstadt.

Heute ist die repräsentative Zentralveranstaltung in die Riesenhallen des Berliner Messeamtes verlegt, und die städtischen Steuerzahler kommen für die Unkosten der Landwirtschaft auf, wobei den die Zweckmäßigkeit solchen Aufwandes Bezweifelnden die beruhigende Versicherung zuteil wird, daß die privaten Aufwendungen, die die notleidenden Agrarier dann des Nachts in den Nepplokalen Berlins machen, die gastronomische Industrie neu beleben und so zur Kräftigung darniederliegender und zu versiegenden drohender Steuerquellen beitragen würden.

Der notleidenden Landwirtschaft kann allerdings gar nicht genug geholfen werden, da sich erwiesen hat, daß selbst die Liebesgaben den Notstand nicht beseitigen können — die Liebesgaben, die das Reich aus den Taschen seiner städtischen Bürger überreichlich den Agrariern spendet hat und noch spendet — (sie haben nach einer Berechnung des verst. Lujo Brentano in kaum mehr als zwei Jahren die riesige Summe von fast fünf Milliarden erreicht, wenn nicht womöglich noch überschritten, und nur als Vergleichszahl hierzu nennen wir die jährliche Zahlungsverpflichtung des Reiches aus dem Young-

Plan mit nicht ganz 1,8 Milliarden, eingeschlossen den Zinsendienst für Young- und Dawes-Anleihe).

Da erhebt sich die Frage, die hier wirklich einmal gestellt werden soll, ob es auf die Dauer ertragen werden kann, das Leben von 60 Millionen Menschen unerträglich zu verteuern und damit deren Lebensführung überhaupt in Frage zu stellen zugunsten einer dünnen Schicht der Besitzler von Grund und Boden, die ohne Frage nicht einmal an die Zahl 100 000 Personen heranreicht, und die infolge veralteter Wirtschaftsmethoden es niemals zu etwas bringen kann.

Und da muß auch weiter gefragt werden, ob es nicht viel richtiger wäre, diese ewig notleidende Schicht selbst zu überlassen und weit die Grenzen zu öffnen für die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus aller Welt.

Die deutsche Groß-Landwirtschaft — und nur ihr kommen die Subventionen und Zölle zugute — steckt mitten in der Feudalzeit, die ringsum versunken ist und nur noch in dem dünnen Landstreifen zwischen Oder und Weichsel herrscht. Freilich wird sich da nichts ändern, solange in Herrn von Hindenburg ein Präsident der deutschen Landwirte regiert.

Da sagt die Rede, die Reichsernährungsminister Schiele gestern vor den Landwirten hielt, genug. Au der Kriegsathmosphäre stammt die Forderung, daß die deutsche Landwirtschaft das ganze Volk, unabhängig von fremder Einfuhr, ernähren können müsse. Damals ist der Zusammenbruch nicht ausgeblieben. Morgen soll er sich — noch unter ungleich ungünstigeren Bedingungen — nach dem Willen dieser Schicht wiederholen.

Expansion der Einheitspreisgeschäfte

Die Forschungsstelle für Handel, die bereits vor etwas einem Jahr aufsehenerregende Mitteilungen über die Entwicklung des Einheitspreisgeschäfts gemacht hat, gibt in ihrer soeben erschienenen Broschüre 11 der Schriftenreihe „Das Einheitspreisgeschäft“, Verlag Spaeth & Lunde, Berlin-Wien) einem Vertreter des Einheitspreisgeschäfts Gelegenheit, das von ihr zusammengetragene Material zu veröffentlichen und zu analysieren.

Man wird von einer Parteiarbeit keine unbedingte Objektivität verlangen dürfen, auch wenn der Verfasser, der sich während seiner Tätigkeit bei Woolworth gut umgesehen hat, sich zu einiger Sachlichkeit bemüht. Aus allen kritischen Äußerungen spricht denn auch die Verteidigung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Der hat die angegriffene Partei, den kleinen Mittelstand, inzwischen veranlaßt, die Regierung um Hilfe, um ein Niederlassungsverbot für Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte vor allem in Kleinstädten anzufordern.

Um diesen Kampf des Kleinen und Schwachen gegen den Großen und Starken zu untergraben, sucht der Verfasser nachzuweisen, daß ein erheblicher Teil der Einheitspreisläden sich in mittelständischen Händen befindet. Als ob es dem Mittelstand auf die Besitzverhältnisse ankäme! Dessen Abwehrfront richtet sich ja vielmehr gegen die Form, in der das Kapital, ob Großkonzern oder getarnte Einzelirma, gegen die bisherigen Verkaufsmethoden vorgeht: man soll wieder Waren statt Preise verkaufen, da der Verkauf von Einheitspreisen das Bestehende schädigt, den Verbraucher über die Ware und ihre Qualität tauscht und durch Entzug der bestverkäuflichen Pfennigartikel dem an sich schon übersetzten regulären Warenhandel die Existenzbasis noch mehr entzieht, als dies die Wirtschaftskrise schon tut. So trägt denn der Abwehrkrieg des Mittelstandes auch deutlich den Charakter reaktionärer Wirtschaftseinstellung, die das Neue vor allem deshalb haßt, weil es neu, weil es fortschrittlich ist. Daß dieses Neue den Ausscheidungsprozeß im Handel fördert, macht das Einheitspreisgeschäft dem Mittelstand nur noch unquemer.

Wie dieser Kampf aussieht, kann man ermesnen, wenn man hört, daß trotz der Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse, trotz des Rückgangs des Einzelhandelsumsatzes um viele Milliarden das Einheitspreisgeschäft sich ununterbrochen weiter entwickelt hat, daß seit dem Dezember 1930 die Zahl der vergleichbaren Einheitspreisgeschäfte von 191 auf 337 gestiegen ist, die

Gesamtzahl heute mehr als 400

betragt und ihr Umsatz schon weit über 300 Millionen M. im Jahr!

Wer etwa glaubt, daß diese Expansion durch besonders günstige Kalkulation, besonders niedrige Kosten erzielt wurde, irrt sich allerdings. Die Kalkulation ist bei gleichen Qualitäten — und darüber geht bei seinen Vergleichen der Verfasser schamhaft hinweg

— eher höher als im Spezialgeschäft, die Kosten sind dauernd im Steigen begriffen, obwohl das Personal wie allgemein bekannt unter aller Kritik bezahlt wird. Es rekrutiert sich fast ausschließlich aus billigsten weiblichen Arbeitskräften, die dem Unternehmen im Einheitspreisgeschäft Ersparnisse von etwa 3 Proz. vom Umsatz einbringen gegenüber anderen Betrieben. Auch die Ausnutzung des Personals, die rein physische Beanspruchung ist ungewöhnlich hoch. Die Personalpolitik paßt sich den Umsatzschwankungen ständig an: man setzt in der stillen Zeit die Leute auf die Straße, um sie in der Hauptsaison zu Hungerlöhnen wieder vorübergehend zu beschäftigen.

Nur zu verständlich ist es, daß der Verfasser mit keiner Silbe versucht, den effektiven Reingewinn der Einheitspreisgeschäfte zu berechnen. Daß die Bilanzgewinne, die zwischen 1 und 2 Proz. vom Umsatz betragen, nicht stimmen, weiß er selbst ganz genau. Aber er wäre nicht Interessenvertreter, würde er hieraus die Schlussfolgerung ziehen und nun selbst einmal versuchen, den effektiven Reingewinn auszurechnen. Wir wollen ihm daher etwas auf die Beine helfen, wobei wir nur nebenbei erwähnen, daß die Forschungsstelle in ihrer ersten Publikation im Dezember 1930 einen Satz von 11 Proz. vom Umsatz genannt hatte. Kaum war diese überraschend hohe Zahl heraus, erschienen Vertreter der großen Konzerne und setzten mit bekannt rücksichtslosen Methoden durch, daß die erste Mitteilung „umgearbeitet“, „berichtigt“ und durch eine zweite farblose ersetzt wurde.

Die Tietz'sche E.H.A.P.E. hat im letzten Geschäftsjahr, las am 31. Juli 1931 schloß, einen Bruttogewinn von angeblich nur 16½ Mill. aus dem Warengeschäft ausgewiesen, das sind 23,3 Proz. des Umsatzes von 71 Mill. M. Das Warenlager erscheint mit 6,7 Mill. M. in der Bilanz, deren Summe trotz um 20 Proz. gegen das Vorjahr gesteigener Umsätze mit knapp 25 Mill. M. unverändert geblieben ist. Errechnet man aber den effektiven Reingewinn, so kommt man zu dem Resultat, das entsprechend auch für die Karstadt'sche EPA paßt: Die effektive Kalkulation war höher als dem ausgewiesenen Bruttogewinn entspricht, wir schätzen den irgendwie in Vorkalkulation oder sonstwo steckenden Differenzbetrag auf rund 700 000 Mark; ferner dürften in den sehr hohen Abschreibungen mindestens nochmals 600 000 M. Gewinn stecken; die Warenbestände in der Bilanz enthalten vermutlich einen als stille Reserve behandelten Gewinn von 5 Proz. = 350 000 M., die sonstigen Vermögenswerte sollen nur noch 200 000 M. neue Reservenbildung enthalten. Schließlich werden in den „Unkosten“ Beträge stecken, die als Zinslasten oder sonstige Transaktionen etwa der Leonb. Tietz A. G. zugeflossen sind. Wir schätzen diesen Posten auf 2 Proz. der ausgewiesenen Gesamtkosten = 250 000 M. Natürlich lassen sich diese Zahlen nicht genau ermitteln, denn die kapitalistische Buchführung ist ein Musterbeispiel der Verschleierungskunst. Immerhin haben die obigen Daten manche Wahrscheinlichkeit für sich, obwohl sie den von der FFI seinerzeit genannten Satz von 11 Proz. noch lange nicht erreichen. Denn außer dem ausgewiesenen Gewinn von 365 000 M. und dem offenen Reservenzuwachs von 300 000 M. errechnen wir nur noch weitere 2 100 000 M., zusammen also einen Reingewinn von 3 365 000 M. Das sind fast 5 Proz. vom Umsatz und über 55 Proz. des Eigenkapitals! Ganz ähnlich sieht es bei der EPA aus; wir verzichten darauf, auch hier dieselbe Rechnung aufzumachen.

Das Großkapital hat es sonach glänzend verstanden, aus der Not und der Dummheit Kapital zu schlagen: man halte sich diese Kapitalverzinsung doch recht deutlich vor Augen; in noch nicht zwei Jahren haben die Einheitspreisgeschäfte ihr gesamtes investiertes Kapital herausgewirtschaftet. Und dann heißt es so schön: Preissenkungen unmöglich; Dividenden ausgeschlossen oder zum mindesten stark sinkend. Wir glauben diesen Schwindel nicht, wir glauben aber auch nicht, daß die Aktienrechtsnovelle vom letzten Herbst an der kapitalistischen Verschleierungspolitik das geringste wird ändern können.

200 000 Mark unterschlagen

München, 30. Januar.

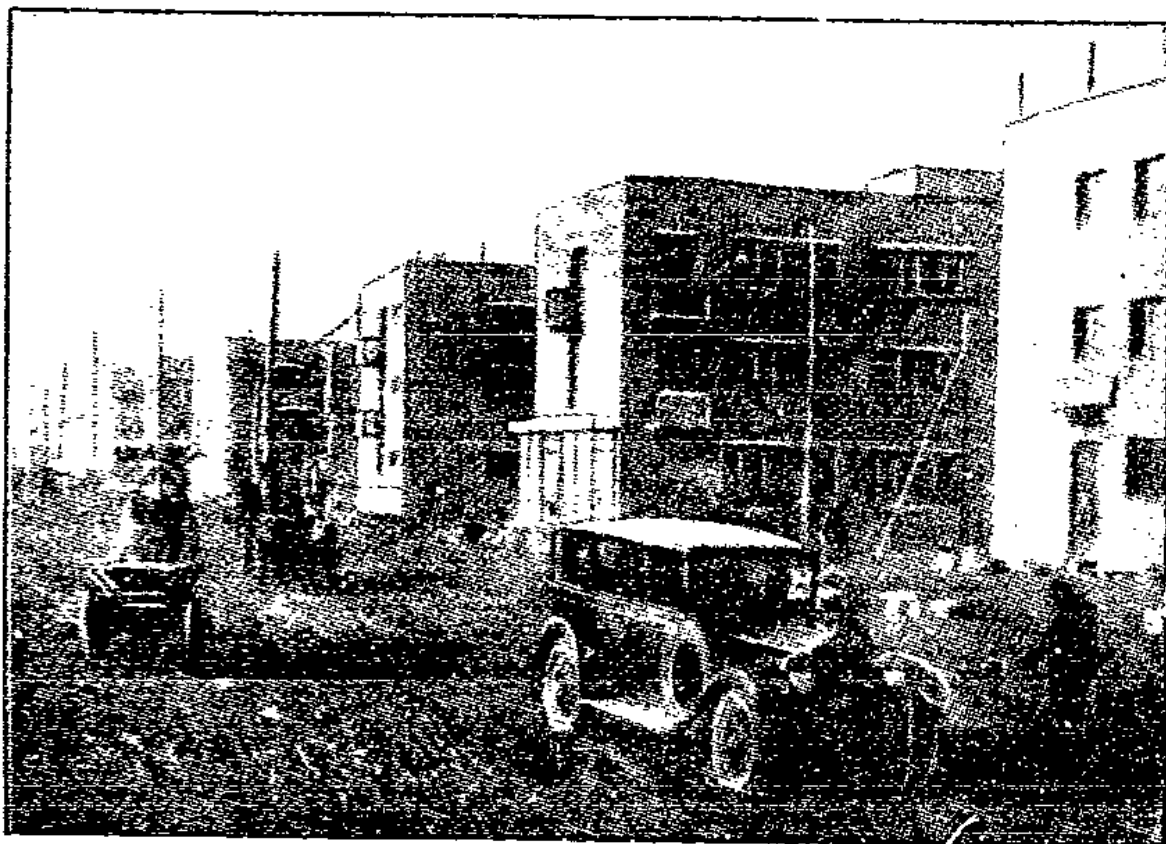
Am 28. Januar ist die Postagentin Anna Steubl aus Wasserburg nach Unterschlagung von 200 000 Mark amtlicher Gelder geflüchtet. Sie fuhr an diesem Tage nach Plattling, wo sie sich mit einem Postbeamten aus dem Bayerischen Walde traf, der vorher telegraphisch verständigt worden war. Man vermutet, daß die beiden versuchen werden, über die tschechoslowakische Grenze zu entkommen.

Großer Waldbrand

Rosenheim, 30. Januar.

Freitag nachmittag stiegen über den Hochbergen zwischen Kumpenwand und dem Marquartstein-Tale starke Rauchwolken auf, die gegen den Hochgern ostwärts weiterzogen. Beim Eintritt der Dunkelheit verdichteten sich die Rauchwolken, die im ganzen Chiemgau beobachtet wurden, immer mehr. Es handelt sich um einen großen Waldbrand am Südhange der Hochplatte. Am Freitag um 20 Uhr wütete das Feuer noch weiter. Abteilungen des Forstamtes und Feuerwehrmänner sind mit den Löscharbeiten beschäftigt. Bisher läßt sich der Schaden noch nicht übersehen. Die Entstehungsursache ist noch nicht ermittelt.

Eine Stadt in der Sowjetunion



Im Rahmen des Fünfjahrplanes wird im Industriekombinat von Dnjeprostroj in der UdSSR eine Wohnstadt für mehrere tausend Arbeiter, Techniker und Ingenieure gebaut, die im technischen Aufbau des Industriegebiets Verwendung finden.